

# VERGABEUNTERLAGEN

2026MMH000003

Forschungsnahe Dienstleistungen

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung (Korrektur)

## AUFTRAGGEBER

Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften München  
Lothstrasse 34, 80335 München, Deutschland

---

15.06.2026

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Bewerbungsbedingungen UVgO .....	3
1.2.1. Textform .....	4
1.3. Weitere Vorgaben .....	4
1.3.1. Angebot .....	4
1.3.2. Nachweise .....	5
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen .....	6
3. Bevorzugte Bieter .....	7
4. Besondere Beteiligungsformen .....	7
4.1. Unterauftragnehmer .....	7
4.2. Bietergemeinschaften .....	8
4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen .....	8
5. Abschluss des Vergabeverfahrens .....	9
6. Kommunikation im Vergabeverfahren .....	9
Checkliste .....	10
Eigenerklärung .....	12
Eigenerklärung .....	12
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher .....	14
Eigenerklärung .....	14
Struktur Bieter .....	17
1. Angaben zur Struktur .....	17
2. Angaben zu Unterauftragnehmern .....	17
3. Angaben zur Eignungslleihe .....	18
4. Angaben zur Bietergemeinschaft .....	18
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft .....	18
4.2. Bevollmächtigter Vertreter .....	18
Mindestarbeitsbedingungen .....	19
Wettbewerbsregister .....	20
1. Name des Unternehmens .....	20
2. Unternehmensform .....	20
3. Juristische Personen / Personenvereinigungen .....	20
4. Natürliche Person / GbR .....	21
Geheimhaltungsvereinbarung .....	22
1. Geheimhaltung .....	23
2. Löschung / Entsorgung / Vernichtung von Datenträgern, die Daten der Geheimhaltung enthalten .....	24
3. Muster eines Datenträger-Löschberichts .....	26
Schutzerklärung Scientology .....	27

1. Erklärung zum Vergabeverfahren .....	27
2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung.....	27
3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes: .....	27
Leistungsbeschreibung_NEU .....	29
AGB_2026.....	40
Forschungs- und Entwicklungsvertrag .....	41
AGB F&E Vertrag BEBF-ZE98.....	46
§ 1 .....	49
§ 2 .....	49
§ 3 .....	49
§ 4 .....	50
§ 5 .....	50
§ 6 .....	50
§ 7 .....	51
§ 8 .....	51
§ 9 .....	51
§ 10 .....	51
§ 11 .....	52
§ 12 .....	52
§ 13 .....	52
§ 14 .....	52
§ 15 .....	53
§ 16 .....	53
§ 17 .....	53
§ 18 .....	54
§ 19 .....	54
§ 20 .....	54
§ 21 .....	54
§ 22 .....	55
§ 23 .....	55
§ 24 .....	55
Zusätzliche Vertragsbestimmungen_Dienstleistung .....	58
Informationen zu statistischen Angaben .....	62
Produkte/Leistungen .....	63
Eignungskriterien.....	64
Leistungskriterien .....	69
Anlagen .....	76

# INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026MMH000003
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Forschungsnahe Dienstleistungen
Auftragsbeschreibung	Die Hochschule München beabsichtigt die Beschaffung verschiedener forschungsnaher Dienstleistungen.

## ALLGEMEINES

### VERFAHREN

Auftraggeber	Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften München
Liefer-/Ausführungsort	09120 Chemnitz
Leistungsart	Dienstleistung
Vertragsart	Dienstleistungsvertrag
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein										
Art der losweisen Vergabe											
Höchstzahl der Lose pro Angebot											
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 30%: 70%										
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>72242000-3</td><td>Entwurfsmodellierung</td></tr><tr><td>72310000-1</td><td>Datenverarbeitung</td></tr><tr><td>72313000-2</td><td>Datenerfassung</td></tr><tr><td>73100000-3</td><td>Dienstleistungen im Bereich Forschung und experimentelle Entwicklung</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	72242000-3	Entwurfsmodellierung	72310000-1	Datenverarbeitung	72313000-2	Datenerfassung	73100000-3	Dienstleistungen im Bereich Forschung und experimentelle Entwicklung
Code	Bezeichnung										
72242000-3	Entwurfsmodellierung										
72310000-1	Datenverarbeitung										
72313000-2	Datenerfassung										
73100000-3	Dienstleistungen im Bereich Forschung und experimentelle Entwicklung										

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="https://www.auftraege.bayern.de">https://www.auftraege.bayern.de</a>
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	03.06.2026
Vorinformation	

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	23.06.2026 10:00
Angebotsfrist	01.07.2026 10:00:00
Bindefrist	12.08.2026
Versand Vorabinformation	

### AUFTRAGSDAUER

Beginn
Ende
Anmerkungen



# DATENSCHUTZ

## DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Anschrift	Weidenstraße 66, 94405 Landau a. d. Isar
Telefon	
E-Mail	datenschutz@hm.edu

## DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Hochschule für angewandte Wissenschaften München
Anschrift	Lothstr. 34, 80335 München
Telefon	
E-Mail	ausschreibung@hm.edu

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

### BROWSEEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

## KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

## Bewerbungsbedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

### 1. Angebotsabgabe

#### 1.1. Fristen

Die **Angebotsfrist** endet am 01.07.2026 um 10:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 12.08.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 23.06.2026 10:00 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

#### 1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Angebots hat **unter Verwendung elektronischer Mittel** zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabepattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

#### **1.2.1. Textform**

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und die anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

### **1.3. Weitere Vorgaben**

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

#### **1.3.1. Angebot**

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

### **1.3.2. Nachweise**

Bei Beauftragung eines Dritten im Rahmen einer Eignungsleihe ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigelegt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

## **2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen**

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die bayerischen Verwaltungsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) finden in ihrer jeweils gültigen Fassung Anwendung und gehen den Regelungen in den Vergabeunterlagen vor.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigelegte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

### **3. Bevorzugte Bieter**

Bieter, die bevorzugt berücksichtigt werden wollen müssen dies im Angebot erklären und den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen entsprechend den Vorgaben der VVöA führen.

Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bieter als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben. Werden diese Nachweise nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt.

### **4. Besondere Beteiligungsformen**

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas Anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

#### **4.1. Unterauftragnehmer**

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

**Unterauftragnehmer** ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Leistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

#### **4.2. Bietergemeinschaften**

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen eines Vergabeverfahrens ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

#### **4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen**

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

## **5. Abschluss des Vergabeverfahrens**

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

Bei Verhandlungsvergaben behält sich der Auftraggeber gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 UVgO vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung vorheriger Verhandlungen auf ein Angebot zu erteilen.

## **6. Kommunikation im Vergabeverfahren**

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

**Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.**

**Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.**



## **Checkliste zur Einreichung von Unterlagen bei der Angebotsabgabe**

Es sind folgende Dokumente elektronisch einzureichen:

- ☐ Eigenerklärung (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → „Eigenerklärung“ die entsprechenden Felder aus sowie unter Vertragsbedingungen/Formulare)
- ☐ Ggf. Eigenerklärung Unterauftragnehmer (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → „Eigenerklärung Unterauftragnehmer“ die entsprechenden Felder aus sowie unter Vertragsbedingungen/Formulare)
- ☐ Struktur Bieter (bitte füllen Sie dafür das Formular „Struktur Bieter“ unter Vertragsbedingungen/Formulare elektronisch aus)
- ☐ Mindestarbeitsbedingungen (bitte füllen Sie dafür das Formular „Mindestarbeitsbedingungen“ unter Vertragsbedingungen/Formulare elektronisch aus)
- ☐ Erklärung für Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → „Angaben Wettbewerbsregister“ die entsprechenden Felder aus sowie unter Vertragsbedingungen/Formulare)
- ☐ Geheimhaltungsvereinbarung (bitte füllen Sie dafür das Formular „Geheimhaltungsvereinbarung“ unter Vertragsbedingungen/Formulare elektronisch aus)
- ☐ Schutzzerklärung Scientology (bitte füllen Sie dafür das Formular „Schutzerklärung Scientology“ unter Vertragsbedingungen/Formulare elektronisch aus)
- ☐ Berufsgenossenschaft (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → Berufsgenossenschaft die entsprechenden Felder aus)
- ☐ Statistische Angaben (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → „Informationen zu statistischen Angaben“ die entsprechenden Felder aus, sowie unter Vertragsbedingungen/Formulare)
- ☐ Forschungs- und Entwicklungsvertrag (bitte füllen Sie dafür den F&E Vertrag unter Vertragsbedingungen/Formulare elektronisch aus)
- ☐ Referenzen (bitte füllen Sie dafür im Kriterienkatalog → Eignungskriterien → Referenzen die entsprechenden Felder aus)
- ☐ Produkte/Leistungen (bitte füllen Sie dafür in Produkte/Leistungen die entsprechenden Felder aus)

Weiterhin sind folgende Dokumente elektronisch als Anlage zum Angebot beizufügen:

- ☐ Bis zu drei Referenzprojekte der letzten fünf Jahre: Auftraggeber, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren, gelieferte Ergebnisse (max. 1 Seite je Referenz)
- ☐ Konzept der Leistungserbringung (max. 3 Seiten)

- Ergebnisse der Teststellung: erzeugtes Bauwerksmodell (IFC-Datei), Grundrissdarstellung des erfassten Bereichs (PDF oder DWG/DXF), Flächen- und Mengenauswertung (PDF oder XLSX), Methodenbeschreibung (max. 3 Seiten)

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

Firmenbezeichnung und -anschrift

## Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
  - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

Firmenbezeichnung und –anschrift  
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

## Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
  - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
  - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
  - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
  - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

## Darstellung der Struktur des Bieters

### 1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

### 2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---




### 3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---


Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

### 4. Angaben zur Bietergemeinschaft

#### 4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---


#### 4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

- ggf. auszufüllen, soweit Personal zur Vertragserfüllung eingesetzt wird -

Ausschreibung Nr.: 2026MMH000003

Angebots Nr.: \_\_\_\_\_

## Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen

### Bieter:

\_\_\_\_\_  
(Firma)

\_\_\_\_\_  
(Straße, Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(PLZ, Ort)

sichert gegenüber dem

### Auftraggeber:

Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule für angewandte Wissenschaften

Lothstraße 34

80335 München

zu,

- dem von ihm eingesetzten Personal wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewährleisten, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, und
- gemäß § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, § 3 Abs. 1 des Entgelttransparenzgesetzes und § 2 Nr. 7 AEntG gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu bezahlen.

\_\_\_\_\_  
(Firma)

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

## **Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs. 1 WRegG**

Öffentliche Auftraggeber sind nach § 19 Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für die Bewerberin oder den Bewerber, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 WRegG anzufordern.

Hierzu werden folgende Angaben benötigt:

### **1. Name des Unternehmens**

### **2. Unternehmensform**

- ☐ Juristische Person / Personenvereinigung (z.B. OHG, KG, GmbH, GmbH & Co KG)  
(bitte weiter bei Punkt 3)
- ☐ Natürliche Person / GbR  
(bitte weiter bei Punkt 4)

### **3. Juristische Personen / Personenvereinigungen**

Sitz der Firma

Anschrift der Firma

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Handelsregisternummer

Registergericht

#### 4. Natürliche Person / GbR

Die Angaben werden für jeden Gesellschafter benötigt.

Bei mehr als drei Gesellschaftern machen Sie die erforderlichen Angaben bitte auf einer gesonderten Anlage und laden diese unter dem Arbeitsschritt „Anlagen“ im Angebotsassistenten hoch.

##### 1. Gesellschafter

Geburtsname	
Familienname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

##### 2. Gesellschafter

Geburtsname	
Familienname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

##### 3. Gesellschafter

Geburtsname	
Familienname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

## **Geheimhaltungsvereinbarung**

Zwischen dem Freistaat Bayern, vertreten durch

Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften München

- im folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

- im folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung geschlossen:

## 1. Geheimhaltung

- Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln, insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe des Angebots hinzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.
- Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.
- Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Dabei muss die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Ziffer 19.4 der EVB-IT Dienstleistungs-AGB.

- Vertrauliche Informationen sind alle mündlichen oder schriftlichen Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
- Der Auftragnehmer verarbeitet Daten nur soweit er hierzu beauftragt wurde und nur auf ausdrückliche Weisung des Auftraggebers. Werden dem Auftragnehmer Speichermedien des Auftraggebers für die Erfüllung seiner Verpflichtung übergeben, so sind diese nach Erfüllung unverzüglich an den Auftraggeber zurückzugeben. Falls der Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers personenbezogene Daten verarbeitet, schließen die Parteien eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung im Sinne von Art. 28 DSGVO.

## **2. Löschung / Entsorgung / Vernichtung von Datenträgern, die Daten der Geheimhaltung enthalten**

- Soweit der Geheimhaltung unterliegende Daten sich auf Datenträgern des Auftragnehmers befinden, sind diese nach Erfüllung der Verpflichtung unverzüglich zu löschen.
- Es steht im Ermessen des Auftraggebers, ob Datenträger zur Entsorgung / Vernichtung an den Auftragnehmer abgegeben werden. (z.B. bei Wartung und / oder im Garantiefall und / oder im Fall der Aussonderung). Bei Abgabe von Datenträgern an den Auftragnehmer zur Entsorgung/Vernichtung sind die im Folgenden dargestellten Vorgaben einzuhalten, wobei der Auftraggeber vorgibt, ob die Datenträger gelöscht oder vernichtet werden sollen. Wird eine Löschung gefordert, steht es dem Auftragnehmer frei stattdessen eine Vernichtung durchzuführen.
- Eine Vernichtung ist weiter in folgenden Fallkonstellationen vorzunehmen:
  - Löschung konnte nicht fehlerfrei abgeschlossen werden
  - Vorhandene Löschmethoden sind nicht geeignet (z.B. bei Datenträgern mit persistentem Halbleiterspeicher [SSD / Flash / USB-Stick / Cache / Hybrid-HDD etc.]).
- Werden durch den Auftragnehmer Hardware-Komponenten ausgetauscht oder zurückgenommen, müssen hierbei die gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz, zum Steuergeheimnis und zum Geheimschutz eingehalten werden, die zum Zeitpunkt des Austausches oder der Rückgabe als Stand der Technik und der IT-Forensik angesehen werden.

- Maßgeblich sind hierbei die datenschutzrechtlichen Vorschriften nach dem BayDSG, BDSG und der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („DSGVO“) für besonders schützenswerte personenbezogene Daten und die dazugehörigen Datenvernichtungsempfehlungen der Datenschutzbeauftragten. Es müssen zudem mindestens die Vorgaben für vertrauliche Daten und damit für den Schutzbedarf „hoch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bayern-CERT / Bayern-CIO / Bayern-CISO eingehalten werden. Bei Abweichungen der einzelnen Vorgaben ist die jeweils strengere Vorschrift anzuwenden.
- Die Datenlöschung ist spätestens innerhalb einer Woche nach Übergabe der Gegenstände abzuschließen. Die Maßnahmen des BSI IT-Grundschutz „Vernichtung von Datenträgern durch externe Dienstleister“ (M 2.436) in der 12.EL oder vergleichbare Regelungen des IT-Grundschutzes in der jeweils aktuellen Fassung sind einzuhalten. Der Auftragnehmer weist die Vernichtung dem Auftraggeber datenschutzkonform mit Hilfe eines Löschberichts nach.
- Bedient sich der Auftragnehmer Dritter als Erfüllungsgehilfen verpflichtet sich der Auftragnehmer diese zur Einhaltung obenstehender Regelungen zu verpflichten. Der Auftraggeber ist berechtigt, Erfüllungsgehilfen bei Verdacht mangelnder fachlicher Qualifikation zurückzuweisen.
- Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für alle Schäden, die nach Übergabe durch nicht ordnungsgemäße Behandlung im obigen Sinne entstehen.

**Hinweis:**

Der BSI IT-Grundschutz ist auf folgender Seite einzusehen: [Direktlink zu Website des BSI.](#)



### **3. Muster eines Datenträger-Löschberichts**

Ein Löschbericht enthält mindestens je Datenträger inhaltlich folgende Informationen. Die Darstellungsreihenfolge und -form ist nicht fest vorgegeben.

Mit \* markierte Felder sind freiwillige Angaben. Erläuterungen und Beispiele in < >.

#### **Informationen zur ausführenden Person und Unternehmen:**

Name durchführende Person:

Firma/Organisation:

#### **Löschergebnis je Datenträger:**

Datenträgerart: <z.B. Festplatte>

Modell: <Hersteller>

Typ: <Typenbezeichnung des Herstellers>

Serien-Nr.: <Seriennummer des Datenträgers>

Größe: <xxxx MB>

Bus: <IDE etc.>

Sektorenanzahl: <xxxxxxxx>

HPA: <(Nicht) vorhanden>

DCO: <(Nicht) vorhanden>

Remapped Sektoren: <Anzahl der fehlerhaften Sektoren>

Lösch-Software/Version: <Angaben zur Löschsoftware>

Löschstandard: <z.B. BSI-2011-VS, PRNG mit Durchlaufanzahl etc.>

Löschung Start: <Datum/Zeit>

Löschung Ende: <Datum/Zeit>

Löschung Dauer: <Zeit>

**Status:** Gelöscht / Fehler X

#### **Hardware-Informationen:**

**(nur soweit ein Gesamtsystem mit eingebauten Datenträgern zurückgegeben wird)**

\*Prozessor:

\*Gesamtspeicher: <X MB>

Hersteller: <System Manufacturer>

Modell: <System Name>

Serien-Nr.: <Seriennummer des PC-/Server-Systems>

\*Version: <ggf. Unterversionsnummer>

\*Asset tag: <Im Gerät/BIOS verbuchte Asset-ID>

Alle Datenträger:

Festplatte: <Produzent>, <Speicherplatz>

#### **Der Löschbericht ist wie folgt zu bestätigen:**

Hiermit bestätige ich, dass die Datenlöschung gemäß den Vorgaben ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Unterzeichnung durch: Ausführende Person / Aufsicht bzw. Vorgesetzter / Firmenstempel

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

## **Schutzerklärung**

### **1. Erklärung zum Vergabeverfahren**

Der Bewerber / Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

### **2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung**

Der Bewerber / Bieter versichert,

- 2.1. dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
- 2.2. dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
- 2.3. Der Bewerber / Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
- 2.4. Die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 oder 2.2 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.3 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

### **3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:**

Zur Erfüllung der Informationspflicht wird auf die folgende Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung verwiesen.

## **Scientology-Organisation**

### **Verwendung von Schutzzerklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

**Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 Nr. 476-2-151 (AIIIMBI. S.701, StAnz. Nr. 44):**

Die Scientology-Organisation in allen ihren Erscheinungsformen ist eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft wirtschaftliche Ziele verfolgt und den einzelnen mittels rücksichtslos eingesetzter psycho- und sozial-technologischer Methoden einer totalen inneren und äußeren Kontrolle unterwirft, um ihn für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

Auf Grund der jetzigen Erkenntnislage ist davon auszugehen, dass ein nach der Technologie von L. Ron Hubbard geführtes Unternehmen als Bestandteil der Gesamtorganisation Scientology zu betrachten ist. Ein derartiges Unternehmen übernimmt die Verpflichtung, die Technologie von L. Ron Hubbard und die Ideologie von Scientology zu verbreiten, ihren Bestand zu sichern und in der Gesellschaft als allgemeines Gedankengut zu etablieren. Dadurch droht auch öffentlichen Stellen bei Geschäftskontakten eine Infiltration und Ausforschung durch Scientology.

Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, wird bestimmt:

1. Von Auftragnehmern ist bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge in den nachfolgenden Fällen bei der Auftragsvergabe eine Schutzzerklärung gemäß Anlage zu verlangen, die bei Annahme des Angebots Vertragsbestandteil wird. Schutzzerklärungen sind zulässig und notwendig, um bei solchen Vertragsverhältnissen die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers abzuklären, die
  - Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Organisation des Vertragspartners oder seine Beschäftigten eröffnen
  - ein besonderes Vertrauensverhältnis voraussetzen oder
  - die Offenlegung von wesentlichen internen Vorgängen und Daten gegenüber dem Vertragspartner erfordern.

Schutzzerklärungen kommen demnach regelmäßig in folgenden Vertragsverhältnissen in Betracht:

Unternehmensberatung, Personal- und Managementschulung, Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen, Softwareberatung, -entwicklung und -pflege, Projektentwicklung und -steuerung, Forschungs- und Untersuchungsaufträge.

2. Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissenschaftlich falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.
3. Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich falsche Erklärung abgegeben oder gegen die mit der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen verstoßen wurde, so ist der Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
4. Den kommunalen Auftraggebern und den sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren. Das gleiche gilt für die Empfänger von Zuwendungen des Freistaates Bayern, wenn die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 1 gegeben werden.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1996 in Kraft.

**Öffentliche Ausschreibung  
zur Beschaffung einer forschungsnahen Fremdleistung  
zur 3D-Bestandserfassung, BIM-Modellierung und  
projektbegleitenden Validierung**

*Aktenzeichen: 2026MMH000003*

**LEISTUNGSBESCHREIBUNG**

## **Ausschreibungsgegenstand und Bedingungen**

1. Allgemeine Angaben zur Hochschule München .....	Seite 3
2. Gegenstand des Vergabeverfahrens .....	Seite 3
3. Leistungsumfang .....	Seite 3
4. Preise .....	Seite 5
5. Auftragsabwicklung/Lieferzeit .....	Seite 5
6. Zuschlagskriterien und deren Gewichtung .....	Seite 5
Anlage – Teststellung .....	Seite 7

# **AUSSCHREIBUNGSGEGENSTAND UND BEDINGUNGEN**

## **1. Allgemeine Angaben zur Hochschule München**

Die Hochschule München ist mit rund 18.791 Studierenden, 531 ProfessorInnen und 791 Lehrbeauftragten sowie 816 MitarbeiterInnen und wissenschaftlichen Angestellten die größte Hochschule für angewandte Wissenschaften in Bayern und eine der größten Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland. Wir sehen unsere Herausforderung und Verpflichtung in einer aktiven und innovativen Zukunftsgestaltung durch Lehre, Forschung und Transfer. Die Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft ist für uns von zentraler Bedeutung.

Die Hochschule München ist in den Bereich Zentrale Services, 14 Fakultäten und 2 Studienfakultäten gegliedert. Zurzeit bieten wir über 100 Bachelor- und Masterstudiengänge an.

## **2. Gegenstand des Vergabeverfahrens**

Der Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München beabsichtigt die Beschaffung einer forschungsnahen Fremdleistung zur digitalen 3D-Bestandserfassung, strukturierten BIM-Modellierung sowie projektbegleitenden Validierung und Evaluation im Forschungsprojekt „DiziPro – Digitale Plattform für zirkuläre Wertschöpfung in der Bestandspflege von Produktionsgebäuden“.

Die Vergabe der Leistung erfolgt im Wege der Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 8 Abs. 2 der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), ohne dass diese Bestimmungen Vertragsbestandteil werden.

Der Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München behält sich die Überprüfung der Eigenerklärungen vor.

## **3. Leistungsumfang**

### **3.1. Allgemeine Anforderungen**

Die ausgeschriebene Leistung umfasst forschungsnahe, modellierungsbezogene Dienstleistungen zur Unterstützung der Hochschule München im Rahmen des Forschungsprojekts DiziPro. Die Leistungen sind in enger fachlicher Abstimmung mit der Hochschule München zu erbringen. Ziel ist die Bereitstellung einer belastbaren digitalen Datengrundlage für die weitere semantische Verarbeitung, die Ontologieentwicklung sowie die Validierung im Projekt.

### **3.2. Inhaltliche Teilleistungen**

#### **a) Fachtechnische Unterstützung bei der Analyse vorhandener Unterlagen**

- Sichtung und fachliche Einordnung vorhandener Bestandsunterlagen, soweit diese für die digitale Bestandserfassung und Modellbildung relevant sind
- Mitwirkung bei der Ableitung realistischer informationsbezogener Anforderungen an die spätere Modellierung

- Rückmeldung zur technischen Erfassbarkeit und Modellierbarkeit typischer Bauteile und Strukturen im Bestand

#### **b) Digitale 3D-Bestandserfassung eines Pilotgebäudes**

- Durchführung der digitalen Erfassung eines durch die Hochschule München benannten Pilotgebäudes mittels geeigneter Verfahren der 3D-Bestandserfassung, insbesondere Laserscanning
- Aufbereitung der erfassten Rohdaten in einer für die Weiterverarbeitung geeigneten Form
- Qualitätssicherung der erfassten Daten hinsichtlich Vollständigkeit und fachlicher Verwendbarkeit

#### **c) Erstellung eines strukturierten BIM-Basisdatensatzes**

- Erstellung eines strukturierten digitalen Gebäudemodells auf Basis der erhobenen Bestandsdaten
- Übergabe des Modells in einem offenen und weiter verarbeitbaren Format, insbesondere IFC (bevorzugt IFC4 oder IFC4x3, sofern fachlich sinnvoll umsetzbar)
- Ergänzend kann die Bereitstellung eines nativen Bearbeitungsformats erfolgen, sofern dies für die Nachvollziehbarkeit und Weiterverarbeitung zweckmäßig ist
- Das Modell muss in sich konsistent, nachvollziehbar aufgebaut und für die projektbezogene Weiterverwendung geeignet sein

#### **d) Projektbegleitende Validierung und Evaluation**

Neben den in der Leistungsbeschreibung genannten inhaltlichen Tätigkeiten umfasst diese Teilleistung einen substanziellen Begleitaufwand über den gesamten Projektzeitraum hinweg. Der Auftragnehmer hat für die projektbegleitende Validierung und Evaluation einen Gesamtaufwand von mindestens 6 Personenmonaten (PM) über einen Zeitraum von 24 Monaten einzuplanen und nachvollziehbar im Angebot auszuweisen. Die Leistung umfasst insbesondere:

- Quartalsweise fachliche Statusrückmeldungen zur Qualität und Verwendbarkeit der erstellten Modelle und Datensätze (mindestens 8 Iterationen über 24 Monate)
- Laufende Begleitung bei wesentlichen Modellierungs- und Erfassungsschritten sowie Rückmeldung zu Zwischenergebnissen innerhalb vereinbarter Fristen
- Erstellung schriftlicher Validierungsberichte zu definierten Projektmeilensteinen (mindestens 3 Berichte über den Projektzeitraum)
- Mitwirkung bei der Bewertung der Übertragbarkeit und Praxistauglichkeit im Projektkontext
- Abschlussevaluation mit dokumentierten Empfehlungen zur Optimierung der eingesetzten Methodik

### **3.3. Anforderungen an die Leistungserbringung**

- Die Leistung ist in enger Abstimmung mit der Hochschule München und den dort benannten Ansprechpersonen zu erbringen.
- Zwischenergebnisse sind auf Anforderung in geeigneter Form vorzulegen und fachlich zu erläutern.
- Die Leistungserbringung hat so zu erfolgen, dass die Arbeitsergebnisse innerhalb des Projekts unmittelbar weiterverwendet werden können.
- Alle erzeugten Arbeitsergebnisse sind vollständig, nachvollziehbar und in projektgeeigneter Qualität zu übergeben.
- Die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Verfahren, Datenstrukturen und Formate sind in geeigneter Weise zu dokumentieren.
- Soweit im Rahmen der Leistung personenbezogene Daten betroffen sein können, sind die datenschutzrechtlichen Anforderungen einzuhalten.

### 3.4. Rechte und Nutzbarkeit der Ergebnisse

Die im Rahmen des Auftrags erstellten Ergebnisse, insbesondere Punktwolken, BIM-Modelle, strukturierte Datensätze, Auswertungen, Dokumentationen und sonstige projektspezifische Arbeitsergebnisse, müssen der Hochschule München zur uneingeschränkten projektbezogenen Nutzung, Weiterverarbeitung, Bearbeitung und Verwertung zur Verfügung stehen. Die hierfür erforderlichen Nutzungs- und Verwertungsrechte sind der Hochschule München in geeigneter Weise einzuräumen. Näheres bleibt der vertraglichen Regelung vorbehalten.

Bis zu drei Referenzprojekte aus den vergangenen fünf Jahren (max. 1 Seite je Referenz) sind zusätzlich zu Ihrem Angebot einzureichen. Je Referenz sind anzugeben: Auftraggeber, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren, gelieferte Ergebnisse (insbesondere, ob ein IFC-Modell geliefert wurde).

### 4. Preise

Die Angebotspreise sind als Festpreise für die vollständige Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen anzugeben. Die Angebotspreise sind Festpreise einschließlich aller Kosten frei Verwendungsstelle. Mit der Zahlung der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Kosten und Auslagen des Auftragnehmers, die im Zusammenhang mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung stehen, abgegolten. Darüber hinausgehende Kosten, Auslagen und Spesen sowie sonstige Aufwandsentschädigungen etc. sind somit ausgeschlossen. Etwaige Reise-, Neben- und Dokumentationskosten sind, soweit nicht ausdrücklich anders vorgesehen, in die Angebotspreise einzukalkulieren.

### 5. Auftragsabwicklung/Lieferzeit

Die Leistungserbringung erfolgt in Abstimmung mit der Hochschule München. Leistungsort ist überwiegend das von der Hochschule benannte Pilotgebäude (Spinnwerke GmbH, Altchemnitzer Str. 27, 09120 Chemnitz) bzw. der jeweilige Ort der Bestandserfassung. Soweit Vor-Ort-Termine erforderlich sind, erfolgen diese nach vorheriger Terminabstimmung mit der Bedarfsstelle.

Die Leistung soll schnellstmöglich nach Zuschlagserteilung erfolgen. Der Abschluss der wesentlichen Leistungsteile hat innerhalb des mit der Hochschule München abgestimmten Projektzeitraums zu erfolgen, voraussichtlich zwischen Q2/2026 und Q4/2027.

**Die Zahlung erfolgt nach Abschluss der jeweiligen Meilensteine (Meilenstein 1: Abschlagszahlung von max. 50% der Gesamtsumme, Meilenstein 2 Schlusszahlung der restlichen Auftragssumme).**

### 6. Zuschlagskriterien und deren Gewichtung

Die Bewertungskriterien werden anhand der Angaben des Bieters mit der vorgegebenen Gewichtung bewertet.

Lfd. Nr.	Hauptkriterien	Gewichtung
1.	Preis	30%



2.	Konzept der Leistungserbringung	20%
3.	Ergebnis der Teststellung (Bewertung gemäß Anlage)	50%
<b>Gesamt</b>		<b>100%</b>

Die Kriterien mit der lfd. Nummern 2 und 3 werden durch Unterkriterien näher bestimmt. Vergleichen Sie hierzu die jeweilige Frage des Kriterienkataloges im Rahmen des eVergabe-Systems hinsichtlich der Bewertung (Punktzahl und Gewichtung). Die Kriterien 2 und 3 werden anhand von Bewertungsmatrizen bewertet.

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, das unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Zuschlagskriterien und deren Gewichtung insgesamt den höchsten Punktwert erreicht. Bei Punktgleichheit entscheidet der günstigere Preis. Sollten sich die Preisangebote nicht unterscheiden, entscheidet das Los.

### **Zu Kriterium 2 – Konzept der Leistungserbringung (20%)**

**Was ist einzureichen:** Ein schriftliches Konzept (max. 3 Seiten), das folgende Punkte adressiert:

- Wie gehen Sie methodisch bei der Erfassung und Modellierung vor?
- Welche Software und Verfahren setzen Sie ein und warum sind diese für den Projektzweck geeignet?
- Wie stellen Sie die Qualität der gelieferten Modelle und Daten sicher?
- Wie gestalten Sie die Zusammenarbeit mit der Hochschule München im Forschungskontext?

#### **Bewertungsmatrix:**

<b>Punkte</b>	<b>Bewertung</b>	<b>Beschreibung</b>
100	Sehr gut	Das Konzept ist vollständig, schlüssig und geht konkret auf alle vier geforderten Aspekte ein. Vorgehen, Werkzeuge und Qualitätssicherung sind projektspezifisch und überzeugend dargestellt.
80	Gut	Das Konzept ist weitgehend vollständig und schlüssig. Alle Aspekte werden adressiert, einzelne Punkte könnten konkreter ausgeführt sein.
60	Befriedigend	Das Konzept adressiert die meisten Aspekte, zeigt jedoch vereinzelt inhaltliche Lücken oder mangelnde Projektspezifität.
40	Ausreichend	Das Konzept ist vorhanden, bleibt aber überwiegend allgemein und zeigt deutliche Lücken bei einzelnen Aspekten.
20	Mangelhaft	Das Konzept ist unvollständig oder geht auf die geforderten Aspekte kaum ein.
0	Ungenügend	Es wurde kein Konzept eingereicht.

### **Zu Kriterium 3 – Teststellung (50%)**

Kein eigenes Einreichdokument – die Bieter bearbeiten die Teststellung gemäß der Anlage. Die Bewertung erfolgt je Subkriterium mit derselben Punkteskala (0–100), die anschließend mit der jeweiligen internen Gewichtung verrechnet wird (vgl. Anlage).

# ANLAGE - Teststellung: Automatisierte Überführung von Punktwolken- und Bilddaten in ein digitales Bauwerksmodell

## 1. Aufgabenstellung

Den Bietern werden Punktwolken-Rohdaten sowie zugehörige Bilddaten eines begrenzten, repräsentativen Ausschnitts eines Bestandsgebäudes zur Verfügung gestellt. Bei dem erfassten Objekt handelt es sich um eine Produktionshalle der DieFabrik Chemnitz (Annaberger Str. 73, 09125 Chemnitz). Die Erfassung der Punktwolken- und Bilddaten erfolgte am 13. März 2026 im Rahmen des Projekt-Kickoffs des Forschungsprojekts DiziPro unter Einsatz eines NavVis G11 Mobile-Mapping-Systems und wurde eigens für den Einsatz in dieser Teststellung durchgeführt. Sämtliche Bieter erhalten identische Datensätze; eine vorherige Ortskenntnis des Gebäudes ist für die Bearbeitung weder erforderlich noch vorgesehen. Die bereitgestellte Datei (DieFabrik\_Chemnitz\_Halle\_Pano.e57) enthält eingebettete Panoramabilder und wurde in einem repräsentativen Hallenabschnitt mit Rohbaustrukturen sowie Elementen der technischen Gebäudeausstattung aufgenommen. Die Aufgabe besteht darin, diese unstrukturierten Eingangsdaten in ein strukturiertes, objektbasiertes digitales Bauwerksmodell zu überführen.

**Die bereitgestellten Testdaten umfassen:** Punktwolkendaten im E57-Format inkl. eingebetteter Panoramabilder (Datei: DieFabrik\_Chemnitz\_Halle\_Pano.e57)

## 2. Anforderungen an das Ergebnis

Das zu erzeugende Modell muss folgende Inhalte nachweislich abdecken:

- **Rohbauelemente:** Relevante Rohbauelemente wie Wände, Stützen, Decken, Böden und Öffnungen (Türen, Fenster) sind zu erkennen, geometrisch korrekt abzubilden und als eigenständige Objekte im Modell zu strukturieren.
- **Räume und Flächen:** Die erfassten Räume und Flächen des abgebildeten Bereichs sind erkennbar und im Modell als eigenständige Objekte zu erfassen. Soweit aus den bereitgestellten Daten ableitbar, sind die Raumgrenzen geometrisch korrekt abzubilden.
- **Elemente der technischen Gebäudeausstattung (TGA):** Ausgewählte Objekte der technischen Gebäudeausstattung – insbesondere Elemente der Kostengruppe 400, soweit dies aus den bereitgestellten Daten ableitbar ist – sind zu erkennen und modellseitig zu erfassen.
- **Attributanreicherung:** Die erkannten Objekte sind mit grundlegenden Attributen zu versehen. Mindestanforderung ist: Bauteiltyp, Objektklasse sowie weitere aus den Eingangsdaten ableitbare Eigenschaften (z. B. Abmessungen, Material soweit erkennbar).
- **Modellformat:** Das erzeugte Modell ist in einem gängigen, weiterverwendbaren Format bereitzustellen. Gefordert ist mindestens die Lieferung einer gültigen IFC-Datei (IFC 2x3 oder IFC 4). Die Lieferung zusätzlicher Formate (z. B. Revit-Dateien (.rvt)) ist möglich, jedoch nicht zwingend erforderlich.

**Zusatzauswertungen:** Sofern aus dem erzeugten Modell ableitbar, sind darüber hinaus folgende Ergebnisse bereitzustellen:

- Grundrissdarstellung des erfassten Bereichs
- Flächen- und Mengenauswertung der wesentlichen Bauteile

## 3. Nachweis des Automatisierungsgrads

Ein zentrales Bewertungskriterium dieser Teststellung ist der Grad der eingesetzten Automatisierung. Die Überführung der Eingangsdaten in das Bauwerksmodell soll nicht auf manuellem Nachmodellieren beruhen, sondern den Einsatz automatisierter oder weitgehend

automatisierter Verarbeitungsschritte nachweisbar belegen. Die Bieter sind daher verpflichtet, den methodischen Ablauf ihrer Bearbeitung nachvollziehbar zu dokumentieren.

**Die Dokumentation muss mindestens folgende Angaben enthalten:**

- Beschreibung des eingesetzten Verfahrens und der verwendeten Software bzw. Algorithmen
- Kennzeichnung der automatisiert durchgeführten Verarbeitungsschritte
- Kennzeichnung der manuell durchgeführten oder manuell nachbearbeiteten Schritte mit Angabe des jeweiligen Aufwands (Zeitanteil oder Arbeitsschritte)
- Gesamtbearbeitungszeit vom Eingang der Daten bis zur Lieferung des Ergebnisses

#### 4. Bereitstellung der Testdaten und Bearbeitungszeitraum

Die Testdaten werden allen Bietern über den folgenden Link zum Download zur Verfügung gestellt:

[https://syncandshare.lrz.de/getlink/fiAgi62aZTQB9QCLUrAQD1/DieFabrik\\_Chemnitz\\_Halle\\_Pano.e57.zip](https://syncandshare.lrz.de/getlink/fiAgi62aZTQB9QCLUrAQD1/DieFabrik_Chemnitz_Halle_Pano.e57.zip)

Das Ergebnis der Teststellung ist zusammen mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist einzureichen. Die Bearbeitungszeit entspricht damit dem gesamten Ausschreibungszeitraum und beträgt vier Wochen ab dem Veröffentlichungsdatum.

Rückfragen zu den Testdaten sind ausschließlich schriftlich an die ausschreibende Stelle zu richten und werden, sofern relevant, allen Bietern gleichzeitig beantwortet.

#### 5. Einzureichende Unterlagen

Die Bieter reichen zur Teststellung folgende Unterlagen ein:

- Das erzeugte Bauwerksmodell als IFC-Datei
- Grundrissdarstellung(en) des erfassten Bereichs (PDF oder DWG/DXF)
- Flächen- und Mengenauswertung (PDF oder XLSX)
- Methodenbeschreibung gemäß Abschnitt 3 (PDF, max. 5 Seiten)

#### 6. Bewertungskriterien der Teststellung

Die Teststellung fließt mit einer Gewichtung von **50%** in die Gesamtbewertung des Vergabeverfahrens ein (vgl. Leistungsbeschreibung, Abschnitt 6, Kriterium 3). Die nachfolgende Tabelle zeigt die intern gewichteten Einzelkriterien der Teststellung sowie deren jeweiligen Anteil an der Gesamtbewertung. Die Einzelkriterien werden jeweils mit 0 bis 100 Punkten bewertet und mit der angegebenen Gewichtung verrechnet.

Lfd. Nr.	Hauptkriterien	Gewichtung
6.1.	Rohbauelemente	25%
6.2.	Räume und Flächen	5%
6.3.	TGA-Elemente KG 400	20%
6.4.	Attributanreicherung	15%
6.5.	Grad der eingesetzten Automatisierung	20%
6.6.	Nachvollziehbarkeit der Methodik	10%
6.7.	Qualität der Zusatzauswertungen	5%

### 6.1 – Vollständigkeit und Korrektheit der Rohbauelemente (25%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Alle wesentlichen Rohbauelemente (Wände, Stützen, Decken, Böden, Öffnungen) sind vollständig erkannt, geometrisch korrekt abgebildet und als eigenständige Objekte strukturiert.
80	Gut	Nahezu alle Rohbauelemente vollständig und korrekt erfasst; einzelne kleinere Abweichungen ohne Auswirkung auf die Modellnutzbarkeit.
60	Befriedigend	Wesentliche Rohbauelemente erkannt, jedoch mit merklichen geometrischen Ungenauigkeiten oder fehlenden Elementen.
40	Ausreichend	Grundstruktur erkennbar, aber deutliche Lücken oder Fehler bei einzelnen Bauteiltypen.
20	Mangelhaft	Nur ein Teil der Rohbauelemente erfasst; Geometrie überwiegend ungenau.
0	Ungenügend	Rohbauelemente nicht oder nicht verwertbar erfasst.

### 6.2 Vollständigkeit und Korrektheit der Räume und Flächen (5%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Räume vollständig als eigenständige Objekte erfasst, Raumgrenzen geometrisch korrekt abgebildet.
80	Gut	Räume weitgehend vollständig erfasst; geringfügige Abweichungen bei Raumgrenzen.
60	Befriedigend	Räume erkannt, Raumgrenzen jedoch mit spürbaren Ungenauigkeiten oder Lücken.
40	Ausreichend	Teilweise Raumerfassung vorhanden, strukturelle Mängel erkennbar.
20	Mangelhaft	Räume kaum erfasst oder nicht als eigenständige Objekte strukturiert.
0	Ungenügend	Keine Raumerfassung vorhanden.

### 6.3 Vollständigkeit und Korrektheit der TGA-Elemente KG 400 (20%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	TGA-Elemente der KG 400 vollständig und korrekt erkannt, soweit aus den Daten ableitbar; modellseitig strukturiert und nachvollziehbar erfasst.
80	Gut	Wesentliche TGA-Elemente erkannt und erfasst; einzelne Elemente fehlen oder sind unvollständig.
60	Befriedigend	TGA-Elemente teilweise erkannt; erkennbare Lücken, aber Grundstruktur vorhanden.
40	Ausreichend	Nur wenige TGA-Elemente erfasst; Erfassung lückenhaft oder unstrukturiert.
20	Mangelhaft	TGA-Elemente kaum erkannt oder nur symbolisch im Modell vorhanden.
0	Ungenügend	Keine TGA-Elemente erfasst.

#### 6.4 Qualität der Attributanreicherung (15%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Alle Objekte mit Mindestattributen versehen (Bauteiltyp, Objektklasse); darüber hinaus weitere ableitbare Eigenschaften (z. B. Abmessungen, Material) konsequent ergänzt.
80	Gut	Mindestattribute vollständig vorhanden; weitere Attribute überwiegend ergänzt.
60	Befriedigend	Mindestattribute größtenteils vorhanden; weitergehende Anreicherung nur vereinzelt.
40	Ausreichend	Attribute unvollständig oder nur bei einem Teil der Objekte vorhanden.
20	Mangelhaft	Attributierung rudimentär; wesentliche Pflichtattribute fehlen.
0	Ungenügend	Keine Attributanreicherung vorhanden.

#### 6.5 Grad der eingesetzten Automatisierung (20%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Verarbeitungsprozess überwiegend automatisiert; manueller Anteil gering und nachvollziehbar dokumentiert; kurze Gesamtbearbeitungszeit.
80	Gut	Hoher Automatisierungsgrad; manueller Anteil vorhanden, aber klar begrenzt und begründet.
60	Befriedigend	Automatisierung erkennbar, manueller Nachbearbeitungsanteil jedoch erheblich.
40	Ausreichend	Teilautomatisierung vorhanden; überwiegend manuell nachbearbeitet.
20	Mangelhaft	Automatisierung nur in geringem Umfang nachweisbar; Vorgehen weitgehend manuell.
0	Ungenügend	Kein Automatisierungsanteil nachweisbar.

#### 6.6 Nachvollziehbarkeit der Methodik (10%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Methodenbeschreibung vollständig, klar gegliedert; automatisierte und manuelle Schritte eindeutig ausgewiesen; Zeitaufwand angegeben.
80	Gut	Methodik gut nachvollziehbar; einzelne Angaben könnten konkreter sein.
60	Befriedigend	Methodik verständlich, aber mit Lücken bei der Kennzeichnung einzelner Schritte oder beim Aufwand.
40	Ausreichend	Grundlegende Beschreibung vorhanden, aber wesentliche Angaben fehlen.
20	Mangelhaft	Methodik kaum beschrieben oder nicht nachvollziehbar.
0	Ungenügend	Keine Methodenbeschreibung eingereicht.

## 6.7 Qualität der Zusatzauswertungen (5%)

Punkte	Bewertung	Beschreibung
100	Sehr gut	Grundrissdarstellung und Mengenauswertung vollständig, klar lesbar und modellkonsistent.
80	Gut	Beide Auswertungen vorhanden und verwendbar; geringfügige Mängel in Darstellung oder Vollständigkeit.
60	Befriedigend	Auswertungen vorhanden, aber mit erkennbaren Lücken oder Inkonsistenzen.
40	Ausreichend	Nur eine Auswertung vollständig; die andere unvollständig oder fehlerhaft.
20	Mangelhaft	Auswertungen vorhanden, aber nicht verwertbar.
0	Ungenügend	Keine Zusatzauswertungen eingereicht.

**Allgemeine Bedingungen für die Lieferungen, Leistungen und Zahlungen des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München (Auftraggeber)**

Für die Aufträge des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München gelten, falls nicht ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart wird, die nachstehenden Bestimmungen. Mündliche Vereinbarungen haben keine Gültigkeit.

## Auftrag

- 1) Für Lieferungen und Leistungen gelten die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B). Abweichungen vom Lieferauftrag, der VOL/B und gegebenenfalls Zusätzlichen oder Ergänzenden Vertragsbedingungen sind ausdrücklich zu erklären und gelten wie auch mündliche Abreden nur, wenn der Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München sie schriftlich bestätigt hat.
- 2) Jeder Auftrag ist schriftlich zu bestätigen. Der in der Bestellung aufgeführte Liefertermin ist verbindlich. Bei Überschreiten der Lieferfristen treten die gesetzlichen Folgen ein, soweit nicht im Einzelfall eine andere Vereinbarung getroffen wird. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, Erfüllungsort- und Gerichtsstandsvereinbarungen gelten nur, wenn Sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind. Dies trifft auch dann zu, wenn die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers Inhalt eines Bestätigungsschreibens sind.
- 3) Bei Annahme eines Auftrages gelten ausschließlich die Bedingungen für Lieferungen, Leistungen und Zahlungen des Auftraggebers.

**Lieferung**

- 4) Erfüllungsort ist grundsätzlich die Lieferanschrift. Die Lieferung von Geräten, Maschinen und Anlagen hat – sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist – frei Verwendungsstelle einschließlich gebrauchsfertiger Aufstellung, Montage etc. zu erfolgen. Notwendiges Hilfspersonal ist vom Auftragnehmer kostenlos zu stellen. Die Gefahr geht erst über, wenn die Lieferung oder Leistung am Erfüllungsort vereinbarungsgemäß ausgeführt ist. Sofern für die Lieferung besondere Vorkehrungen zu treffen sind, sind diese rechtzeitig mit der Bedarfsstelle abzustimmen.
- 5) Sofern die Ware zwecks Vorratshaltung zentral beim Auftraggeber zwischengelagert wird, beginnt die Frist für die Mängelrüge und die Gewährleistung erst dann, wenn die eigentliche Bedarfsstelle die Ware empfängt.
- 6) Die Lieferung erfolgt auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers grundsätzlich frei Haus. Gefahr und Eigentum gehen grundsätzlich mit der Abnahme auf den Auftraggeber über. Die Lieferung von Geräten, Maschinen und Anlagen erfolgt auf Kosten und Gefahr frei Verwendungsstelle. Die Abnahme erfolgt erst nach vorangegangener Leistungsprüfung durch den Auftraggeber, wenn die Leistung des Auftragnehmers den Vereinbarungen entspricht. Die Verpflichtung zur Untersuchung und Mängelrüge beginnt erst dann, wenn die Ware vom Empfänger abgenommen ist. Die Gewährleistungspflicht beginnt mit dem Tag der Abnahme bzw. des Empfangs der Bedarfsstelle.
- 7) Bei Nichterfüllung des Vertrages oder bei Lieferverzug behält sich der Auftraggeber die nach VOL/B zulässigen Maßnahmen vor.
- 8) Teillieferungen sind nur nach Vereinbarung zugelassen und als solche zu kennzeichnen. Jeder Lieferung sind Lieferscheine in doppelter Ausfertigung beizugeben, die den Inhalt der Sendung (Stückzahl, Preisangabe, Bestellnummer) genau bezeichnen.
- 9) Die vereinbarten Preise sind Festpreise. Mit ihnen sind, wenn nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart ist, sämtliche Leistungen des Auftragnehmers einschließlich Fracht, Verpackung und sonstiger Kosten und Lasten abgegolten.
- 10) Die Lieferungen müssen handelsüblich verpackt sein. Die Verpackung ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Umweltfreundliches Verpackungsmaterial ist vorzuziehen. Transport-, Um- und Verkaufspackungen sind auf Wunsch des Auftraggebers zurückzunehmen.

## Rechnung

- 11) Die Rechnung ist per E-Mail an rechnung@hm.edu unter Angabe der Auftragsnummer, der Warenbezeichnung/-menge sowie des Gesamtpreises zu senden und diese möglichst mit dem bestätigten Lieferschein einzureichen. Bei Instandsetzung sind Materialkosten, Arbeitszeit und Stundenlohn getrennt zu erläutern.
- 12) Die angebotenen Preise sind rein netto. Umsatzsteuer und Skonto sind gesondert auszuweisen.
- 13) Vertraglich vereinbarte oder in den Rechnungen angegebene Skonti werden in Anspruch genommen. Die Skontofrist muss aus verwaltungstechnischen Gründen 21 Tage betragen. Sie beginnt mit dem Tag des Eingangs der Rechnung bei vorgenannter Stelle, es sei denn, die Lieferung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt. In diesem Fall beginnt die Skontofrist frühestens mit dem Tag der Lieferung. Geben die gelieferten Gegenstände oder die Rechnung Anlass zu Beanstandungen, beginnt die Skontofrist erst nach Behebung der Mängel bzw. mit dem Tag des Eingangs der neuen und einwandfreien Lieferung oder der berichtigten Rechnung bei der Abteilung Finanzen des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München
- 14) Die Zahlung erfolgt grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen vom Tag der Abnahme bzw. wenn dieser Tag später liegt, vom Tage des Rechnungseingangs an. Hat der Auftragnehmer Verzögerungen zu vertreten (z.B. Vorlage nicht aufgeforderter Rechnungen), oder liegt ein ordnungsgemäß gerügter Mangel vor, beginnen die genannten Fristen (für den gerügten Gegenstand) mit Beseitigung des Mangels.
- 15) Die Zahlungen des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München gelten mit Zugang des Überweisungsauftrages bei der Staatsoberkasse Bayern in Landshut als geleistet.

**Sonstiges**

- 16) Soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart, gilt für alle gelieferten Sachen oder Rechte ab Lieferung ohne Ausnahme und ohne Beschränkung eine Garantie von mindestens 12 Monaten. Die vereinbarte Garantie ist eine Haltbarkeitsgarantie im Sinne des § 443 Abs. 2 BGB. Während der Garantiezeit sind alle Kosten für Instandsetzungen oder Austausch vom Lieferanten zu tragen. Für vom Auftraggeber in Zahlung gegebene Sachen oder Rechte wird jegliche Gewährleistung und Haftung ausgeschlossen. Der Ausschluss betrifft nicht Schadensersatzansprüche wegen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachter Schäden und wegen Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf fahrlässigen Pflichtverletzungen beruhen. Einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung steht diejenige eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen gleich.
- 17) Die Abtretung der Forderung ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München wirksam.
- 18) Gerät ein Auftragnehmer in Konkurs oder tritt er in ein Vergleichsverfahren ein, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- 19) Gerichtsstand für alle Lieferungen, Leistungen und Zahlungen ist München. Es findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.
- 20) Die Hochschule München betreibt ein Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 und verpflichtet sich in diesem Rahmen zur fortlaufenden Verbesserung ihrer energiebezogenen Leistung. Sowohl im Bereich der Beschaffung als auch beim Betrieb und bei der Wartung der technischen Anlagen liegt der Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München Wert auf die Energieeffizienz von Produkten und Dienstleistungen.

**General Terms and Conditions for Deliveries, Services, and Payments of the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science (client)**

The following terms and conditions shall apply for orders placed by the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science, unless agreed otherwise in writing. Oral agreements are not valid.

## Order

- 1) Deliveries and services are subject to the General Terms for Execution of Services (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Part B:VOL/B) issued by the Federal Ministry of Economics and Technology. Any deviations from the purchase order, the VOL/B, or from any additional contractual terms shall be expressly declared and shall apply only if confirmed in writing by the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science, as is the case with oral agreements.
- 2) Each order shall be confirmed in writing. The delivery date as stated in the order is binding. In case a delivery deadline is not met, the statutory regulations shall apply, unless otherwise agreed in an individual case. General terms and conditions of the contractor, especially regarding payment and delivery, place of performance, and jurisdiction shall only apply with the express and written approval of client. This shall also apply if the Contractor's general terms and conditions form part of a letter of confirmation.
- 3) When an order is accepted, the General Terms and Conditions for Deliveries, Services, and Payments of the client shall apply exclusively.

## Deliveries

- 4) As a rule, the place of performance shall be the delivery address. Equipment, machines, and installations shall be delivered free of charge to the point of use and assembled, installed, etc. ready for use, unless otherwise agreed in writing. Any personnel required for assistance shall be provided by the Contractor free of charge. Risk shall be transferred only when the delivery or services have been performed at the place of performance as contractually agreed. Any precautions necessary for delivery shall be agreed with the procurement entity in due time.
- 5) If the goods are to be temporarily stored in a central location at the client for maintaining inventory, the period for lodging complaints regarding defects and the guarantee period shall not commence until the intended procurement entity receives the goods.
- 6) Delivery shall be made at the risk and expense of the Contractor to the delivery address. Risk and ownership shall be transferred as a rule upon acceptance to the client. Equipment, machines, and installations shall be delivered free of charge to the point of use. The client shall only accept the goods after prior testing of performance, if the Contractor's performance corresponds to the agreement. The obligation of examining and notifying any defects shall only commence after the goods have been accepted by the recipient. The guarantee period shall commence on the day of acceptance or receipt by the procurement entity.
- 7) If the contract has not been fulfilled or delivery is delayed, the client reserves the right to take measures permitted by VOL/B.
- 8) Partially deliveries are only permitted if agreed and shall be designated as such. Each delivery must be accompanied by a delivery note in duplicate describing in detail the content of the shipment (number of items, price, order number).
- 9) The agreed prices are fixed prices. These prices shall include all performance provided by the Contractor, including freight, packaging, and any other expenses and charges.
- 10) The deliveries shall be packaged in a manner customary in the trade. The packaging shall be limited to the absolute minimum. Ecological materials shall be used when possible. If the client so requests, the Contractor shall take back any Packaging materials used in transport, outer packaging and sales packaging.

## Invoices

- 11) Invoices shall be sent by e-mail to rechnung@hm.edu and shall include the order number as well as the product description and amount and the total price, and shall be submitted with the confirmed delivery note to the above address. Repair work invoices shall indicate the costs of materials, labor, and hourly rate.
- 12) The prices offered are net of any tax. VAT and discounts shall be indicated separately.
- 13) Discounts that are contractually agreed or are offered in the invoices will be claimed. The discount period shall be 21 days for administrative reasons. The period begins on the day of receipt of the invoice at the aforementioned address, unless the delivery has not arrived by this date. In this case, the discount period shall begin on the day of delivery at the earliest. If there is reason for complaint regarding the delivered items, the discount period shall begin after the defects have been remedied, or on the date of delivery of the new and flawless items, or the date of receipt of the corrected invoice, at the Finance Department of the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science.
- 14) The client shall remit payments as a rule within 30 days after the day of acceptance or after receipt of the invoice, whichever is later. If there is any delay attributable to the Contractor (for example, is an invoice is submitted without sufficient breakdown of items), or if a defect has been duly claimed, the aforementioned periods (for the defective item) shall commence upon remedy of the defect.
- 15) Payments by the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science shall be deemed remitted upon receipt of the transfer order by the Staatsoberkasse Bayern (Bavarian State Treasury) in Landshut.

## Miscellaneous

- 16) Unless expressly agreed otherwise in writing, a warranty of at least 12 months running from delivery applies for all items and rights delivered, without exception or limitation. The agreed warranty is a durability warranty within the meaning of Section 443 para 2 German Civil Code (BGB). During the warranty period, the supplier must bear all maintenance or replacement costs. No guarantees are provided and no liability is taken for items or rights traded in by the client. The exclusion does not affect any claims for damages due to damage caused intentionally or gross negligently, or damage due to death, personal injury or damage to health which resulted from the negligent breach of obligations. Intentional or negligent breaches of obligation are equivalent to those committed by a legal representative or vicarious agent.
- 17) The assignment of receivables shall only be effective with the written consent of the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science.
- 18) If a Contractor becomes insolvent or enters into a settlement proceeding, it shall notify the client without delay.
- 19) The Munich courts shall have jurisdiction for all deliveries, services, and payments. These General Terms and Conditions shall be subject exclusively to the laws of the Federal Republic of German.
- 20) The Munich University of Applied Science operates an energy management system (EnMS) in accordance with DIN EN ISO 50001 and, within this framework, commits itself to the continual improvement of its energy performance. Both in procurement and in the operation and maintenance of technical equipment, the Free State of Bavaria, represented by the Munich University of Applied Science places importance on the energy efficiency of products and services.

Forschungs- und Entwicklungsvertrag  
der Zuwendungsempfänger bzw. Auftragnehmer  
des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt

(FE-Vertrag-ZE bzw. FE-Vertrag - AN<sup>1)</sup>)

<sup>1)</sup> Bestandteil werden die BEBF-ZE 98 bzw. die BEBF-AN 98.



## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
§ 1 Aufgabenstellung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens	3
§ 2 Ausführungsfrist	3
§ 3 Vergütung	3
§ 4 Kündigung	4
§ 5 Vertragsänderungen und -ergänzungen	4
§ 6 Vertragsbestandteile	4
§ 6a Sonstige Vereinbarungen	4
§ 7 Gerichtsstand	5
§ 8 Inkrafttreten	5

- Auftraggeber (AG) –

Freistaat Bayern, vertreten durch die **Hochschule für angewandte Wissenschaften München**,  
vertreten durch den Kanzler Herrn Jörg Finger - Lothstr. 34, 80335 München

und

- Auftragnehmer (AN) –

---

schließen unter der Auftragsnummer folgenden Forschungs- und Entwicklungsvertrag:

### § 1

#### Aufgabenstellung des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens

Der Auftragnehmer übernimmt die in der Leistungsbeschreibung nach Art und Umfang im Einzelnen beschriebene Forschungs- und Entwicklungsaufgabe.

### § 2

#### Ausführungsfrist

(1) Das Forschungs- und Entwicklungsergebnis einschließlich des Schlussberichts ist dem Auftraggeber gemäß Vergabeunterlagen zu übergeben oder vorzustellen.

(2) Erkennt der AN, dass er die Ausführungsfrist nicht einhalten kann, so hat er dem AG die Gründe für die Verzögerung unverzüglich mitzuteilen und auf Wunsch des Auftraggebers das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben fortzuführen.

### § 3

#### Vergütung

(1) Die Leistung des AN wird gemäß des Angebots vergütet.

(2) Die auftragsbezogenen Kosten dürfen nur einmalig nach Leistungserbringung in Rechnung gestellt werden.

(3) Auf Verlangen des AG ist der AN nach Erreichen des Höchstbetrages des Selbstkostenerstat-

tungspreises verpflichtet, die Arbeiten im Rahmen der bisherigen Aufgabenstellung fortzuführen.

#### § 4 Kündigung

(1) Der AG ist berechtigt, den Forschungs- und Entwicklungsvertrag jederzeit aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung - ganz oder teilweise - zu kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(2) Im Falle der Kündigung ist das erreichte Forschungs- und Entwicklungsergebnis unverzüglich abzuliefern oder vorzustellen.

#### § 5 Vertragsänderungen und -ergänzungen

Alle Änderungen und Ergänzungen des Forschungs- und Entwicklungsvertrages sind nur rechts-  
wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden.

#### § 6 Vertragsbestandteile

Die "Allgemeinen Bestimmungen für Forschungs- und Entwicklungsverträge der  
Zuwendungsempfänger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BEBF-ZE 98)" und die  
Leistungsbeschreibung sind Bestandteile dieses Forschungs- und Entwicklungsvertrages.

#### § 6a Sonstige Vereinbarungen

Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände sind vom AN nur für den Vorhabenzweck zu ver-  
wenden und sorgfältig zu behandeln. Der AN haftet für Vernichtung, Beschädigung, Verlust oder  
sonstiges Abhandenkommen.

Der AN darf Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte über die Gegenstände nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung des AG eingehen.

Sind die Gegenstände nicht mehr zur Verwirklichung des Vorhabenzwecks erforderlich, ist der AN  
auf Verlangen des AG verpflichtet,

a) nach näherer Vereinbarung einen Wertausgleich an den AG zu leisten oder

b) die Gegenstände nach Absprache mit dem AG zu veräußern und den Erlös an den AG abzu-

führen.

Kommt eine Einigung über den Wertausgleich oder den zu erzielenden Erlös nicht zustande, kann der AG vom AN verlangen, dass die Gegenstände frei von Rechten Dritter unentgeltlich an den AG oder einen von ihm bestimmten Dritten übereignet und herausgegeben werden.

§ 7  
Gerichtsstand

Gerichtsstand ist München.

3)

§ 8  
Inkrafttreten

Der Forschungs- und Entwicklungsvertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft.

4)

München, den 15.06.2026

---

**(Auftragnehmer)**

---

**Hochschule München**

3) Gericht am Sitz des Auftraggebers.

4) Erstes Datum aus § 3 Abs. 4 (Selbstkosten bzw. Ausgaben) einsetzen.

# **Allgemeine Bestimmungen**

## **für Forschungs- und Entwicklungsverträge der Zuwendungsempfänger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

**(BEBF-ZE 98)**

**Stand: März 2000**

Die BEBF-ZE 98 sind Bestandteil des FE-Vertrages.

## Inhaltsverzeichnis

## Seite

§ 1	Aufgabenstellung des FE-Auftrags	4
§ 2	Durchführung des FE-Auftrags, Inanspruchnahme von Informationseinrichtungen	4
§ 3	Zweckbindung	4
§ 4	FE-Vertrag, Gesetzliche Bestimmungen, Verpflichtungs- und Haftungsausschlüsse	5
§ 5	Abrechnung nach Selbstkosten	5
§ 6	Bestimmungen zu einzelnen Kostenarten	5
§ 7	Vergabe von Aufträgen	6
§ 8	Zahlungen	6
§ 9	Berichte	6
§ 10	FE-Ergebnis	6
§ 11	Rechte des AG am FE-Ergebnis	7
§ 12	Erfindungen, urheberrechtlich geschützte FE-Ergebnisse	7
§ 13	Entgegenstehende Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen	7
§ 14	Veröffentlichungen	7
§ 15	Kündigung des FE-Vertrags	8
§ 16	Wahrung berechtigter Interessen	8
§ 17	Streitigkeiten	8
§ 18	Schlussrechnung	9
§ 19	Prüfung	9
§ 20	Beauftragte	9
§ 21	Vorstellung und Abnahme des FE-Ergebnisses	9
§ 22	Weiterentwicklungs- und Fertigungsaufträge	10
§ 23	Gewährleistung	10
§ 24	Ergänzende Bestimmungen	10

## Anlagen

1. Muster für Zwischenbericht zu § 9 Abs. 1
2. Muster für Schlussberichte zu § 9 Abs. 2

## Verzeichnis der Abkürzungen

AN	Auftragnehmer
AG	Auftraggeber
ArbEG	Gesetz über Arbeitnehmererfindungen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
FE	Forschung und Entwicklung
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (Anlage zur VO PR Nr. 30/53)
TIB	Technische Informationsbibliothek - Deutsche Forschungsberichte - Welfengarten 1 B, 30167 Hannover
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
USt	Umsatzsteuer
VOL/B	Allgemeine Bedingungen für die Ausführung von Leistungen
VO PR Nr. 30/53	Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen

## § 1

### Aufgabenstellung des FE-Auftrags

(1) Die Aufgabenstellung des FE-Auftrags ist im einzelnen im FE-Vertrag beschrieben. Soweit dort nichts anderes bestimmt ist, es zur Durchführung des FE-Auftrags notwendig ist und nicht auf andere Weise wirtschaftlicher erreicht werden kann, umfasst sie bei technischen FE-Arbeiten auch die Entwicklung von Werkstoffen, Bauelementen, Baugruppen und deren Herstellung.

(2) Zur Aufgabenstellung des FE-Auftrags gehören auch die Fertigung von Konstruktionsunterlagen, Zeichnungen, wissenschaftlichen und technischen Berechnungsunterlagen sowie eine eingehende Beschreibung der Baumuster (Prototypen) mit - soweit der Gegenstand es zulässt - vorläufigen Bedienungs-, Wartungs- und Instandsetzungsanweisungen.

## § 2

### Durchführung des FE-Auftrags, Inanspruchnahme von Informationseinrichtungen

(1) Der AN hat bei der Durchführung des FE-Auftrags vom **Stand der Wissenschaft und Technik** auszugehen, der **durch aktuelle Informationsrecherchen zu ermitteln** ist. Hierbei sollten möglichst elektronische Quellen (z.B. Datenbanken, Informationen im Netzwerk) benutzt werden. Eine „Übersicht über die Fachinformationszentren und überregionale Informationseinrichtungen“ ist als Anlage dem FE-Vertrag beigelegt.

(2) Der AN hat den FE-Auftrag in engem Kontakt mit dem AG durchzuführen. Der AN ist verpflichtet, unverzüglich dem AG anzuzeigen, wenn Ereignisse eintreten, durch die sich für die Auftragsvergabe maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen.

(3) Der AG ist berechtigt, den Fortgang der Arbeiten zu beobachten, alle hierfür notwendigen Unterlagen einschließlich Aufzeichnungen über Material und Arbeitsaufwand einzusehen und die Einhaltung der technischen Bestimmungen zu überwachen.

(4) Stellt der AG dem AN Anregungen, Vorschläge und sonstige Beiträge (z.B. Erfindungen) zur Förderung der FE-Aufgabe zur Verfügung, so hat der AN diese nach Möglichkeit zu berücksichtigen und dies dem AG schriftlich zu bestätigen.

(5) Soweit nicht ausnahmsweise besondere Gründe entgegenstehen, wird der AG sich bemühen, auf Antrag den AN über praktische Versuche und die dadurch gewonnenen Erfahrungen zu unterrichten und ihn zu derartigen Versuchen - auch nach Beendigung des FE-Vertrags - auf seinen Wunsch hinzuzuziehen. Die dadurch entstehenden Kosten trägt der AN.

## § 3

### Zweckbindung

(1) Die Vergütung darf nur zur Erfüllung des im FE-Vertrag festgelegten Zwecks verwendet werden.

(2) Der AN darf die Vergütung grundsätzlich nur gemäß der Vorkalkulation verwenden. Die Vorkalkulation ist hinsichtlich der Gesamtkosten als Preisobergrenze verbindlich.

(3) Abweichungen von den Ansätzen der Vorkalkulation sind nur zulässig, wenn sie sich im Rahmen der Vergütung halten, den Umfang des FE-Auftrags nicht einschränken und für dessen erfolgreiche Durchführung erforderlich sind. Weitergehende Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.



## **§ 4**

### **FE-Vertrag, Gesetzliche Bestimmungen, Verpflichtungs- und Haftungsausschlüsse**

(1) Im FE-Vertrag sind seine Geltungsdauer sowie die Rechte und Pflichten der Vertragspartner geregelt. Der FE-Vertrag lässt zwingende gesetzliche Bestimmungen und behördliche Anordnungen unberührt und befreit insbesondere nicht von den Erfordernissen behördlicher Erlaubnisse.

(2) Der AG darf durch die Durchführung des FE-Auftrags Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden, soweit sich aus dem FE-Vertrag und diesen Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt.

(3) Der AG haftet nicht für Schäden aller Art des AN oder Dritter, die aus der Durchführung des FE-Auftrags entstehen. Wird er für solche Schäden haftbar gemacht, so stellt ihn der AN frei. Dem AN bleibt es unbenommen, den AG auf gesetzliche Freistellungsverpflichtungen des Bundes zu verweisen. Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit der AG diese Schäden schuldhaft verursacht hat.

## **§ 5**

### **Abrechnung nach Selbstkosten**

(1) Nach Maßgabe des FE-Vertrags und dieser Bestimmungen dürfen nur solche Selbstkosten verrechnet werden, die durch den FE-Auftrag verursacht und bei wirtschaftlicher Betriebsführung zur Durchführung des FE-Auftrags während des im Vertrag festgelegten Abrechnungszeitraums entstanden sowie angemessen und nachzuweisen sind.

(2) Die Selbstkosten des FE-Auftrags sind unter Beachtung der im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden Fassung der VO PR Nr. 30/53 mit den LSP zu ermitteln.

(3) Der AN ist zur Führung eines geordneten Rechnungswesens gemäß Nr. 2 LSP verpflichtet. Dieses muss jederzeit die Feststellung der Kosten und Leistungen, die Abstimmung der Kosten- und Leistungsrechnung mit der Aufwands- und Ertragsrechnung und die Ermittlung von Selbstkosten ermöglichen.

Ergibt sich bei der Preisprüfung, dass der AN nicht über ein geordnetes Rechnungswesen im Sinne der LSP verfügt, und ist der AN nicht in der Lage, die geltend gemachten Kosten anhand der kaufmännischen Buchführung zu ermitteln und nachzuweisen, so wird der FE-Auftrag nach den nicht vermögenswirksamen Ausgaben abgerechnet, die der AN nachweisen muss, zuzüglich 5 % zur Abgeltung der Gemeinkosten. Dies gilt nur für Ausgaben, die dem FE-Auftrag als wirtschaftlich angemessen zuzurechnen sind.

## **§ 6**

### **Bestimmungen zu einzelnen Kostenarten**

(1) Kosten der freien Forschung und Entwicklung (Nrn. 27 und 28 LSP) dürfen nicht verrechnet werden.

(2) Für die Bereitstellung des betriebsnotwendigen Kapitals (Nrn. 43 bis 46 LSP) dürfen 6 % kalkulatorische Zinsen verrechnet werden.

(3) Kalkulatorische Kosten für Einzelwagnisse (Nrn. 47 bis 50 LSP) dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen angesetzt werden.

## **§ 7**

### **Vergabe von Aufträgen**

Der AN hat Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben. Soweit möglich, sind dazu mindestens drei Angebote einzuholen.

## **§ 8**

### **Zahlungen**

(1) Die Zahlungen richten sich nach den kalendervierteljährlich angefallenen Kosten. Die Anforderung jedes Teilbetrags muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten.

(2) Soweit sich Überzahlungen ergeben, hat der AN diese unverzüglich dem AG zurückzuzahlen. Der AG ist berechtigt, vom AN eine Verzinsung dieser Überzahlung in Höhe von 6 % für das Jahr zu fordern.

(3) Die Kostennachweise sind entsprechend den Ansätzen der Vorkalkulation zu gliedern. Mit den Kostennachweisen ist eine Erklärung abzugeben, dass die in der Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten angesetzten Preise und Entgelte den preisrechtlichen Vorschriften entsprechen und dass die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten nach den Vorschriften der LSP unter Beachtung dieser Bestimmungen vorgenommen wurde.

## **§ 9**

### **Berichte**

(1) Der AN hat dem AG innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf eines Kalenderhalbjahres einen Zwischenbericht über die Durchführung und den Stand des FE-Auftrags nach dem als Anlage 1 beigefügten Muster vorzulegen.

(2) Nach Beendigung des FE-Auftrags hat der AN innerhalb von vier Monaten einen Schlussbericht entsprechend dem als Anlage 2 beigefügten Muster vorzulegen.

(3) Wenn zur Wahrung berechtigter Interessen des AN oder Dritter oder aus anderen sachlichen Gesichtspunkten bestimmte Einzelheiten aus dem Bericht vertraulich zu behandeln sind (z.B. zur Wahrung der Priorität bei Schutzrechtsanmeldungen), so hat der AN den AG ausdrücklich darauf hinzuweisen. Der AG ist verpflichtet, derartige Hinweise ausdrücklich an den Bund weiterzuleiten.

## **§ 10**

### **FE-Ergebnis**

Ergebnisse im Sinne dieser Bestimmungen (Schlussbericht Anlage 2) umfasst alle Erkenntnisse, Erfindungen, entwickelten Gegenstände, Verfahren und Rechenprogramme, die bei der Durchführung des FE-Auftrags entstehen und in Aufzeichnungen festgehalten sind oder die für den AN in anderer Form branchenüblich verfügbar sind. Zu den Ergebnissen zählen ebenfalls deren Beschreibungen und die hierbei hergestellten Aufzeichnungen, Versuchsanordnungen, Modelle und Baumuster (Prototypen) in allen Entwicklungs- und Fertigungsphasen.

## **§ 11**

### **Rechte des AG am FE-Ergebnis**

(1) Der AG hat alle Rechte am FE-Ergebnis.

(2) Der AG wird gegenüber dem AN bezüglich des FE-Ergebnisses die Erfüllung seiner Verpflichtungen und die Rechte des Bundes aus seinem Zuwendungsverhältnis sicherstellen.

## **§ 12**

### **Erfindungen, urheberrechtlich geschützte FE-Ergebnisse**

(1) Der AN hat vor der Veröffentlichung bei der Durchführung des FE-Auftrags gemachte Erfindungen seiner Arbeitnehmer, die für das FE-Ergebnis bedeutsam sein können, nach dem ArbEG für den AG unbeschränkt in Anspruch zu nehmen, den AG bei dessen schutzrechtlicher Sicherung dieser Erfindungen zu unterstützen. Über eine darüber hinausgehende Anmeldung entscheidet der AG. Zusammen mit der Patentanmeldung hat der AG einen Antrag auf Sofortrecherche und auf Lieferung von Ablichtungen der ermittelten Druckschriften zu stellen.

(2) Der AG hat dem Deutschen Patentamt das Formblatt "Mitteilung des BMBF-Kennzeichens bei Schutzrechtsanmeldungen" (s. Anlage zum Vertrag) bei nationalen deutschen Schutzrechtsanmeldungen zusammen mit der Anmeldung zu übersenden. Bei allen anderen Schutzrechtsanmeldungen mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland ist das Formblatt ebenfalls beim Deutschen Patentamt nach deren Veröffentlichung unverzüglich unter Angabe des entsprechenden amtlichen Aktenzeichens einzureichen. Auf Verlangen des AN hat der AG Druckschriften sämtlicher Anmeldungen sowie je ein Exemplar der patentamtlichen Druckschriften (insbesondere Offenlegungs- und Patentschrift, Gebrauchsmusterurkunde) zu übersenden.

(3) Hinsichtlich in sonstiger Weise (insbesondere urheberrechtlich) geschützter Teile des FE-Ergebnisses hat der AG entsprechend Absatz 1 sicherzustellen, dass er seine Verpflichtungen nach § 11 erfüllen kann.

## **§ 13**

### **Entgegenstehende Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen**

Der AN ist verpflichtet, die einer Verwertung des FE-Ergebnisses entgegenstehenden Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen, soweit erforderlich, zu ermitteln und dem AG aufgrund der Informationsrecherchen gemäß § 2 Abs. 1 unverzüglich anzuzeigen, soweit diese in den Angebotsunterlagen nicht bereits aufgeführt sind. Entgegenstehend sind solche Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen Dritter, die bei einer Verwertung des FE-Ergebnisses benutzt werden müssen. Der AN hat mitzuteilen, unter welchen Voraussetzungen nach seiner Ansicht dennoch eine Benutzung voraussichtlich möglich ist.

## **§ 14**

### **Veröffentlichungen**

(1) Vor Veröffentlichung ist das Ergebnis des Vorhabens durch Anmeldung gewerblicher Schutzrechte entsprechend § 12 durch den AG zu sichern.

(2) Der AG und der Bund sind unter Berücksichtigung des § 9 berechtigt, unter Nennung des AN das FE-Ergebnis zu veröffentlichen. Wenn es der AN auch von sich aus ganz oder teilweise veröffentlichen will, bedarf er hierzu der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Der AG ist berechtigt, die Zustimmung bereits bei Vertragsabschluß zu erteilen. Die Zustimmung kann nur verweigert werden, wenn der Bund dies ausdrücklich verlangt.

## **§ 15**

### **Kündigung des FE-Vertrags**

(1) Im Falle der Kündigung erstattet der AG dem AN die bis zur Beendigung des FE-Vertrags bei ihm entstandenen Kosten einschließlich des darauf entfallenden anteiligen Gewinns. Ein Gewinn darf nicht berechnet werden für noch nicht verwendete Fertigungsstoffe und sonstige Zulieferungen, soweit sie nicht vom AN bereits be- oder verarbeitet wurden. Außerdem werden als Restabgeltung alle nach Beendigung des FE-Vertrags anfallenden, durch den FE-Vertrag bedingten, unvermeidbaren Ausgaben vergütet, soweit sie nicht bereits als entstandene Kosten verrechnet sind, insbesondere

- a) Löhne und Gehälter, die bis zum nächstzulässigen Kündigungstermin anfallen,
- b) in Härtefällen, die vom AN nachzuweisen sind, Löhne und Gehälter von Konstrukteuren und anderen Spezialkräften, die nachweislich eigens für die Durchführung des FE-Auftrags eingestellt wurden und nur mit langfristigen Verträgen gewonnen werden konnten, bis zum Ablauf des Anstellungsvertrags.

Voraussetzung für Buchstaben a) und b) ist, dass die Betreffenden weder im eigenen Betrieb des AN anderweitig eingesetzt werden können, noch dass eine Beschäftigung an einem anderen zumutbaren Arbeitsplatz möglich ist. Keinesfalls werden Vergütungen für die Zeit nach der ursprünglichen Vertragsdauer vom AG übernommen.

(2) Im Falle der Kündigung aus Gründen, die der AN zu vertreten hat, erhält er - abweichend von der Regelung nach Absatz 1 - keine Restabgeltung und für den letzten Abrechnungszeitraum (Kalenderjahr) keinen anteiligen Gewinn. Ansprüche des AG gegenüber dem AN wegen Vertragsverletzung werden hierdurch nicht berührt.

(3) Durch die Zahlung im Falle der Kündigung darf die nach § 3 des FE-Vertrags vereinbarte Vergütung nicht überschritten werden.

(4) Soweit sich aus den Absätzen 1 bis 3 nicht etwas anderes ergibt, gelten für die Abwicklung des gekündigten FE-Vertrags die Bestimmungen des FE-Vertrags-ZE/AN und dieser BEBF-ZE 98.

## **§ 16**

### **Wahrung berechtigter Interessen**

Der AG

- unter Beachtung der ihm gegenüber dem Bund obliegenden Pflichten -  
und der Bund

- soweit nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen -  
werden bei der Wahrnehmung ihrer sich aus dem FE-Vertrag und diesen Bestimmungen ergebenden Rechte die berechtigten wirtschaftlichen Interessen des AN nach dessen Anhörung berücksichtigt.

## **§ 17**

### **Streitigkeiten**

(1) Bei Streitigkeiten über technisch-wissenschaftliche Punkte oder über Fragen, ob und inwieweit die sachlichen Voraussetzungen für die Erteilung eines Benutzungs- oder Nutzungsrechts gegeben sind, werden zwei Schiedsgutachter eingeschaltet, von denen der AG und der AN je einen benennen. Kommt eine Einigung unter den beiden Schiedsgutachtern nicht zustande, so wählen diese gemeinsam einen Dritten zum Vorsitzenden. Einigen sich die Schiedsgutachter nicht binnen einer Frist von einem Monat, nachdem ein Schiedsgutachter erstmalig eine Person als Vorsitzenden vorgeschlagen hat, so benennt der Präsident der für den AG zuständigen Industrie- und Handelskammer einen Vorsitzenden. Das Schiedsgutachter-Gremium beschließt mit Zweidrittel-Mehrheit; kommt eine Mehrheit nicht zustande, so entscheidet der Vorsitzende. Für die Regelung der Kosten des Schiedsgutachtens gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung entsprechend.

(2) Bei allen sonstigen Streitigkeiten soll vor Beschreiten des Rechtsweges eine gütliche Einigung angestrebt werden. Das Recht der Vertragsparteien, Schiedsverträge zu schließen, bleibt unberührt.

## **§ 18**

### **Schlussrechnung**

(1) Der AN hat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des FE-Auftrags eine Schlussrechnung vorzulegen. Der Schlussrechnung ist eine Nachkalkulation unter Berücksichtigung der Nr. 10 Abs. 2 LSP beizufügen.

(2) Der AN hat die Rechnungsunterlagen fünf Jahre nach Vorlage der Schlussrechnung aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Die Rechnungsunterlagen müssen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Zur Aufbewahrung können auch Bild- oder Datenträger verwendet werden. Die Rechnungsunterlagen sowie das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren müssen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen.

## **§ 19**

### **Prüfung**

Preisprüfungen können gemäß § 9 der VO PR Nr. 30/53 vorgenommen werden.

## **§ 20**

### **Beauftragte**

(1) Der Bund ist berechtigt, seine Rechte in seinem Namen durch den AG ausüben zu lassen.

(2) Soweit der Bund den AG als Beauftragten heranziehen will, wird er zuvor dem AN Gelegenheit geben, Einwände, insbesondere im Hinblick auf bestehende Konkurrenzverhältnisse, vorzubringen. Bestehen solche Einwände zu Recht, wird der Bund seine Rechte selbst ausüben oder einen anderen Beauftragten benennen.

## **§ 21**

### **Vorstellung und Abnahme des FE-Ergebnisses**

Abnahmeprüfbefunde bei Vorstellung des FE-Ergebnisses und der Werkerprobungsergebnisse sind von den Vertragspartnern gemeinsam schriftlich niederzulegen. Nach Abschluss der Prüfungen oder Beendigung der Arbeiten ist eine gemeinsame Schlussniederschrift zu fertigen. Soweit sich aus der Schlussniederschrift nichts anderes ergibt, wird der AN von der Verantwortung für erkennbare und in der Schlussniederschrift festgehaltene Sachmängel des FE-Ergebnisses sowie für die aus diesen Sachmängeln entstehenden Schäden entlastet. Unterbleibt oder verzögert sich die Schlussniederschrift aus Gründen, die der AN nicht zu vertreten hat, so gilt sie zwei Monate nach Meldung des AN, dass er zur Erstellung der Schlussniederschrift bereit ist, als erstellt.

## **§ 22**

### **Weiterentwicklungs- und Fertigungsaufträge**

Der AG wird den AN bei der Vergabe von Weiterentwicklungs- und Fertigungsaufträgen zum Wettbewerb heranziehen. Ein Rechtsanspruch des AN auf Erteilung solcher Aufträge wird hierdurch nicht begründet.

## **§ 23**

### **Gewährleistung**

(1) Der AN übernimmt für das abgelieferte FE-Ergebnis für zwölf Monate ab Datum der Schlussniederschrift die Gewähr für

- die Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik,
- die Güte des Materials, soweit seine Entwicklung nicht selbst zur Aufgabenstellung des FE-Auftrags gehört,
- die fachmännische und gute Ausführung der Arbeit,
- das Vorliegen der zugesicherten Eigenschaften, soweit sie in Anlage A des FE-Vertrags als Mindestforderungen angegeben sind.

(2) Für Gewährleistungsansprüche gelten die gesetzlichen Vorschriften nach Maßgabe von § 14 Nr. 3 VOL/B. Zur Nachbesserung gehören auch notwendige Arbeiten zur Feststellung oder Beseitigung von Fehlern. Transport- und andere Nebenkosten aus Anlass einer berechtigten Rüge gehen insoweit zu Lasten des AN, als diese entstehen würden, wenn der AN die Gewährleistung am Erfüllungsort durchführen würde. Für im Rahmen der Gewährleistungspflicht nachgebesserte oder ersetzte Teile gilt erneut die Gewährleistungsfrist des Absatzes 1. Anstelle des Datums der Schlussniederschrift tritt das Datum der Abnahme des nachgebesserten oder ersetzten Teils.

(3) Mängelrügen sind schriftlich zu erheben. Für die Fristwahrung ist der Absendetag maßgebend.

## **§ 24**

### **Ergänzende Bestimmungen**

Diese Bestimmungen werden durch die VOL/B ergänzt.

**Anlage 1**

(zu § 9 Abs. 1 BEBF-ZE 98)

**Muster**  
**Zwischenbericht zu § 9 Abs. 1**

(Beantwortung in Stichworten genügt)

Auftragnehmer:	Kennzeichen:
Auftragsbezeichnung:	
Laufzeit des Auftrags:	
Berichtszeitraum:	

**Der Zwischenbericht soll - auch im Hinblick auf die Berichtspflicht des AG - kurzgefasste Angaben zu folgenden Punkten/Fragen enthalten:**

1. Aufzählung der wichtigsten wissenschaftlich-technischen Ergebnisse und anderer wesentlicher Ereignisse.
2. Vergleich des Standes des Auftrags mit der ursprünglichen (bzw. mit Zustimmung des Auftraggebers geänderten) Arbeits-, Zeit- und Ausgaben-/Kostenplanung.
3. Haben sich die Aussichten für die Erreichung der Ziele des Auftrags innerhalb des angegebenen Ausgaben-/Kostenzeitraums gegenüber dem ursprünglichen Angebot geändert (Begründung)?
4. Sind inzwischen von dritter Seite FE-Ergebnisse bekannt geworden, die für die Durchführung des Auftrags relevant sind (auch Darstellung der aktuellen Informationsrecherchen nach § 2 Abs. 1 BEBF-ZE 98)?
5. Sind oder werden Änderungen in der Zielsetzung notwendig?
6. Erfindungen/Schutzrechtsanmeldungen und erteilte Schutzrechte, die vom Auftragnehmer oder von am Auftrag Beteiligten gemacht oder in Anspruch genommen wurden, sowie ggf. auch deren standortbezogene Verwertung (Lizenzen u.a.).
7. Evtl. wirtschaftliche Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) - z.B. auch funktionale/wirtschaftliche Vorteile gegenüber Konkurrenzlösungen, Nutzen für verschiedene Anwendergruppen/-industrien am Standort Deutschland, Umsetzungs- und Transferstrategien (Angaben, soweit die Art des Auftrags dies zulässt).
8. Evtl. wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten nach Projektende (mit Zeithorizont) - u.a. wie die geplanten Ergebnisse in anderer Weise (z.B. für öffentliche Aufgaben, Datenbanken, Netzwerke, Transferstellen etc.) genutzt werden können. Dabei ist auch eine etwaige Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Firmen, Netzwerken, Forschungsstellen u.a. einzubeziehen.
9. Evtl. wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit für eine mögliche notwendige nächste Phase bzw. die nächsten innovatorischen Schritte zur erfolgreichen Umsetzung der FuE-Ergebnisse.

## **Anlage 2**

(zu § 9 Abs. 2 BEBF-ZE 98)

### **Muster Schlussbericht zu § 9 Abs. 2**

#### **I. Kurze Darstellung zu**

1. Aufgabenstellung,
2. Voraussetzungen, unter denen der FE-Auftrag durchgeführt wurde,
3. Planung und Ablauf des Auftrags,
4. wissenschaftlichem und technischem Stand, an den angeknüpft wurde, insbesondere
  - Angabe bekannter Konstruktionen, Verfahren und Schutzrechte, die für die Durchführung des FE-Auftrags benutzt wurden,
  - Angabe der verwendeten Fachliteratur sowie der benutzten Informations- und Dokumentationsdienste,
5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen.

#### **II. Eingehende Darstellung**

1. des erzielten Ergebnisses,
2. des voraussichtlichen Nutzens, insbesondere der Verwertbarkeit des Ergebnisses,
3. des während der Durchführung des FE-Auftrags dem AN bekannt gewordenen Fortschritts auf dem Gebiet des Auftrags bei anderen Stellen,
4. der erfolgten oder geplanten Veröffentlichungen des FE-Ergebnisses nach § 11.  
Wenn zur Wahrung berechtigter Interessen des AN oder Dritter oder aus anderen sachlichen Gesichtspunkten bestimmte Einzelheiten aus dem Bericht vertraulich zu behandeln sind (z.B. Wahrung der Priorität bei Schutzrechtsanmeldungen), so hat der AN den AG ausdrücklich darauf hinzuweisen.

#### **III. Dem Schlussbericht ist als Anlage ein kurzgefasster Erfolgskontrollbericht beizufügen, der nicht veröffentlicht wird. Dieser muss im Hinblick auf die Berichtspflicht des AG Angaben enthalten über**

1. das wissenschaftlich-technische Ergebnis des FE-Auftrags, die erreichten Nebenergebnisse und die gesammelten wesentlichen Erfahrungen,
2. Erfindungen/Schutzrechtsanmeldungen und erteilte Schutzrechte die vom AN oder von am Auftrag Beteiligten gemacht oder in Anspruch genommen wurden, ggf. auch deren standortbezogene Verwertung (Lizenzen u.a.),
3. die evtl. wirtschaftlichen Erfolgsaussichten nach Auftragsende (mit Zeithorizont) - z.B. auch funktionale/wirtschaftliche Vorteile gegenüber Konkurrenzlösungen, Nutzen für verschiedene Anwendergruppen/-industrien am Standort Deutschland, Umsetzungs- und Transferstrategien (Angaben, soweit die Art des Auftrags dies zulässt)
4. die evtl. wissenschaftlichen und/oder technischen Erfolgsaussichten nach Auftragsende (mit Zeithorizont) - u.a., wie die geplanten Ergebnisse in anderer Weise (z.B. für öffentliche Aufgaben, Datenbanken, Netzwerke, Transferstellen etc.) genutzt werden können. Dabei ist auch eine etwaige Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Firmen, Netzwerken, Forschungsstellen u.a. einzubeziehen,
5. die evtl. wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit für eine mögliche notwendige nächste Phase bzw. die nächsten innovatorischen Schritte,
6. Arbeiten, die zu keiner Lösung geführt haben,
7. Präsentationsmöglichkeiten für mögliche Nutzer - z.B. Anwenderkonferenzen (Angaben, soweit die Art des Auftrags dies zulässt),
8. die Einhaltung der Kosten- und Zeitplanung.

Im Erfolgskontrollbericht kann auf Abschnitte des Schlussberichts (Nrnn. I u. II.) verwiesen werden.



## **Zusätzliche Vertragsbestimmungen**

### **§ 1**

#### **Vertragsbestandteile**

- (1) Für Art und Umfang der zu erbringenden Leistung und der vertraglichen Abwicklung sind in ihrer jeweils gültigen Fassung maßgebend:
  - Das Aufforderungsschreiben und die Leistungsbeschreibung des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München für das Vergabeverfahren mit dem Aktenzeichen 2026MMH000003
  - Das Angebot des Auftragnehmers mit der Angebotsnummer \_\_\_\_\_
  - Diese Zusätzlichen Vertragsbestimmungen (ggfs. nachranging zur Leistungsbeschreibung)
  - Die Allgemeinen Bedingungen für Lieferungen, Leistungen und Zahlungen des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München (nachranging zu den Zusätzlichen Vertragsbestimmungen) und die
  - Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - Teil B (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung (nachranging zur Leistungsbeschreibung, den Zusätzlichen Vertragsbestimmungen und den Allgemeinen Bedingungen für Lieferungen, Leistungen und Zahlungen des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München).
- (2) Jegliche allgemeine Geschäfts- und/oder Lieferbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, auch wenn diesen vom Auftraggeber nicht ausdrücklich widersprochen wird.

### **§ 2**

#### **Durchführung**

- (1) Grundlage für die Durchführung dieses Vertrages ist die Leistungsbeschreibung des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München. Es gelten die in der Leistungsbeschreibung genannten Anforderungen und Bedingungen.
- (2) Die Leistung hat entsprechend den organisatorischen und inhaltlichen Vorgaben des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München zu erfolgen.

### **§ 3**

#### **Pflichten des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in seinem Angebot aufgeführten Leistungen n entsprechend der Leistungsbeschreibung des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München zu erbringen.

### **§ 4**

#### **Einsatz von Personal zur Auftragserfüllung**

- (1) Soweit der/die Auftragnehmer/in zum Zwecke dieser Vertragserfüllung Personal einsetzt, sichert er/sie schriftlich zu, dem von ihm/ihr eingesetzten Personal Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) in der jeweils gültigen Fassung zu zahlen sowie das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) einzuhalten (Anlage 1).
- (2) Die Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf Subunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass der Subunternehmer ebenfalls die Einhaltung des MiLoG sowie des AEntG

in den jeweils gültigen Fassungen schriftlich zusichert. Kommen bereits durch den/die Auftragnehmer/in eingesetzte Subunternehmer der Aufforderung zur schriftlichen Zusicherung nicht nach, so wird der/die Auftragnehmer/in den Subunternehmer unverzüglich aus der Leistungserbringung herausnehmen. Für Subunternehmer haftet der/die Auftragnehmer/in in gleicher Weise wie für seine eigenen Leistungen und Arbeitskräfte.

- (3) Auf Anforderung des Auftraggebers wird der/die Auftragnehmer/in geeignete Nachweise in Form von anonymisierten Lohnjournalen über den Stundensatz des eingesetzten Personals erbringen, auch des vom Subunternehmer eingesetzten Personals.
- (4) Dem Auftraggeber steht bei einem Verstoß des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin gegen die Pflichten aus den Absätzen 1 - 3 ein außerordentliches Kündigungsrecht zu.
- (5) Wird der Auftraggeber wegen eines Verstoßes gegen Pflichten aus dem MiLoG im Sinne einer Auftraggeberhaftung gemäß § 13 MiLoG in Anspruch genommen, ist dieser berechtigt, Rückgriff bei dem/der Auftragnehmer/in zu nehmen. Dieser Rückgriff umfasst neben den gegen den Auftraggeber geltend gemachten Forderungen alle dem Auftragnehmer darüber hinaus entstehenden Kosten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber in Fällen einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Auftraggeberhaftung gemäß § 13 MiLoG zu unterstützen und insbesondere umfassend Auskünfte und Nachweise im Hinblick auf die gegen den Auftraggeber gelten gemachten Ansprüchen zu erteilen.

## **§ 5**

### **Vergütung**

- (1) Mit der Zahlung der vereinbarten Vergütungen sind sämtliche Kosten und Auslagen, die im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stehen, abgegolten. Darüberhinausgehende Kosten, Auslagen und Spesen sowie sonstige Aufwandsentschädigungen, etc. sind somit ausgeschlossen.
- (2) Für alle Einzelaufträge gelten die durch den Zuschlag Vertragsbestandteil gewordenen Konditionen unter Ausschluss jeglicher entgegenstehender Konditionen des Auftragnehmers auch ohne dass diesen ausdrücklich widersprochen werden muss.
- (3) Die Zahlung der Vergütung erfolgt nach erbrachter Leistung und Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer im Überweisungsverkehr. Das Zahlungsziel beträgt nach Rechnungseingang 30 Tage.

## **§ 6**

### **Vertraulichkeit**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle ihm bekannt gewordenen oder bekanntwerdenden geschäftlichen und betrieblichen Angelegenheiten auch über das Ende dieses Vertrages hinaus vertraulich zu behandeln.
- (2) Darüber hinaus hat der Auftragnehmer die ihm übergebenen Unterlagen sorgfältig zu verwahren, vor Einsichtnahme Dritter zu schützen und auf Verlangen nach dem Ende des Vertrages innerhalb der vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München vorgegebenen angemessenen Frist zurückzugeben oder die Unterlagen zu vernichten. Eine über den Vertragszweck hinausgehende Verwendung der vertraulichen Informationen oder Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (3) Der Auftragnehmer wird in geeigneter Form dafür sorgen, dass auch die MitarbeiterInnen des Auftragnehmers und die vom Auftragnehmer bei der Durchführung dieses Vertrages hinzugezogenen MitarbeiterInnen die vorstehende Vertraulichkeit wahren.
- (4) Die Vertraulichkeitsverpflichtungen bestehen nicht, wenn und soweit die betreffenden Informationen und / oder Unterlagen
  - ohne Bruch dieses Vertrages allgemein bekannt sind oder

- ohne Verschulden der betroffenen Vertragspartei allgemein bekannt werden oder
- rechtmäßig von einem Dritten erlangt wurden oder werden oder
- bei der betroffenen Vertragspartei bereits vor Inkrafttreten dieses Vertrages vorhanden waren oder die betroffene Vertragspartei diese später unabhängig davon erhalten hat.
- aufgrund einer bindenden behördlichen oder richterlichen Anordnung Gesetzes zu offenbaren sind. In diesem Fall ist der Informationsgeber vor Preisgabe unverzüglich zu unterrichten und das weitere Vorgehen mit ihm abzustimmen.

## **§ 7**

### **Vertragsdauer**

- (1) Der Vertrag tritt mit der Zuschlagserteilung in Kraft, die Leistungszeit beginnt am \_\_\_\_\_ und endet am \_\_\_\_\_, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag außerordentlich aus wichtigem Grund zu kündigen.
- (3) Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
  - über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;
  - ein Verstoß des Auftragnehmers gegen § 6 dieses Vertrages gegeben ist.
- (4) Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (5) Im Falle der Kündigung hat der Auftraggeber nur die bis zum Zugang der Kündigung vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen zu bezahlen. Darüberhinausgehende Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber bestehen nicht. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber binnen einer Frist von zwei Wochen alle bis zum Zeitpunkt der Kündigung erstellten Unterlagen bzw. erbrachten Leistungen zur Verfügung.

## **§ 8**

### **Haftung**

- (1) Der Freistaat Bayern, vertreten durch die Hochschule München, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen haften bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, also Pflichten, die die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages erst ermöglichen und auf deren Einhaltung die andere Vertragspartei regelmäßig vertrauen darf, für Vorsatz und jede Fahrlässigkeit, bei einfacher Fahrlässigkeit jedoch begrenzt auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden.
- (2) Im Übrigen ist die Haftung des Freistaates Bayern, vertreten durch die Hochschule München, ihrer gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen gegenüber Ansprüchen aus Vertragsverletzungen oder Delikt beschränkt auf Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht werden; der Höhe nach ist die Haftung außer bei Vorsatz begrenzt auf die Höhe der Auftragssumme. Die Haftung für mittelbare Schäden und Folgeschäden ist im Fall grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen.
- (3) Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Schäden an Körper, Leben und Gesundheit.
- (4) Der Auftragnehmer haftet für von ihm zu vertretende Schäden unbeschränkt.

## **§ 9**

### **Erfüllungsort und Gerichtsstand**

- (1) Erfüllungsort ist in den Räumlichkeiten der Hochschule München.  
09120 Chemnitz

- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist München.
- (3) Es findet deutsches Recht Anwendung.

## **§ 10**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Die Aufhebung, Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Kündigungserklärungen haben der jeweils anderen Vertragspartei mit eingeschriebenem Brief zuzugehen. Mündliche Abreden gelten nicht.
- (2) Sollten in dem Vertrag eine oder mehrere Bestimmungen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen hierdurch nicht berührt. Im Falle der Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen werden die Vertragspartner diese durch solche ersetzen, welche die Verwirklichung des Vertragszweckes am besten gewährleisten; dies gilt sinngemäß für den Fall einer Regelungslücke.

Projekt-Nr.: 2026MMH000003

Aktenzeichen: 2026MMH000003

Projektname: Forschungsnahe Dienstleistungen

Firmenbezeichnung und Anschrift

## Informationen zu statistischen Angaben

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu in den Abfragen im Arbeitsschritt Eignungs- bzw. Leistungskriterien an,

- ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/351/EG erfüllt.

Nähere Informationen zu den hierfür maßgebenden Kriterien finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen [Benutzerleitfaden zur Definition von KMU](#).

- bei EU-weiten Vergaben welcher NUTS-Code dem Sitz Ihres Unternehmens entspricht. Die Europäische Union bietet eine [Suchhilfe](#) hierzu an.

Es handelt sich jeweils um rein statistische Werte, d.h. die Angaben zu diesen Punkten hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

Produkte/Leistungen

Alle Preise sind ohne Umsatzsteuer einzugeben

1	Meilenstein 1	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschalfestpreis	..... pro 1,00 Pauschalfestpreis	.....
	Gemäß Leistungsbeschreibung:					
	a) Fachtechnische Unterstützung bei der Analyse vorhandener Unterlagen					
	b) Digitale 3D-Bestandserfassung eines Pilotgebäudes					
	c) Erstellung eines strukturierten BIM-Basisdatensatzes					
<hr/>						
2	Meilenstein 2	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschalfestpreis	..... pro 1,00 Pauschalfestpreis	.....
	Gemäß Leistungsbeschreibung:					
	d) Projektbegleitende Validierung und Evaluation					
<hr/>						

Verfahren: 2026MMH000003 - Forschungsnahe Dienstleistungen

### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Hinweis

Wenn Sie Ihrem Angebot gesondert Anlagen beifügen möchten, die nicht explizit in den Vergabeunterlagen gefordert sind, so müssen Sie diese auf die Vergabeunterlagen anpassen. Das Beifügen abweichender Bedingungen, wie beispielsweise AGB, abweichende Zahlungs- und Lieferbedingungen (wie Garantie oder Angebotsgültigkeit), führen zum Ausschluss Ihres Angebotes von der Wertung.

#### 2 Mindestarbeitsbedingungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden dem von Ihnen eingesetzten Personal wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährleistet, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben sind?

Und werden gemäß § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, § 3 Abs. 1 des Entgelttransparenzgesetzes und § 2 Nr. 7 AEntG, gleiches Entgelt für Frauen und Männer, bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit bezahlt?

☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 3 Eigenerklärung

##### 3.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 3.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

##### 3.3 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

#### 4 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

##### 4.1 Eigenerklärung Unterauftragnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

<b>5</b>	<b>Berufsgenossenschaft</b>
<b>5.1</b>	<b>Berufsgenossenschaft [Mussangabe]</b> Bitte geben Sie den Namen und die Unternehmensnummer Ihrer Berufsgenossenschaft an
<b>5.2</b>	<b>Angaben zur Berufsgenossenschaft [Mussangabe]</b>  Ausschlusskriterium Haben Sie den Namen und die Unternehmensnummer Ihrer Berufsgenossenschaft angegeben?  <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Nur eine Antwort wählbar	
<b>6</b>	<b>Angaben Wettbewerbsregister</b>
<b>6.1</b>	<b>Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister</b> Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.
<b>6.2</b>	<b>Name des Unternehmens [Mussangabe]</b> Name des Unternehmens:
<b>6.3</b>	<b>Postanschrift</b>
<b>6.3.1</b>	<b>Sitz des Unternehmens [Mussangabe]</b> Sitz des Unternehmens / der Firma:
<b>6.3.2</b>	<b>Straße [Mussangabe]</b> Straße:
<b>6.3.3</b>	<b>Hausnummer [Mussangabe]</b> Hausnummer:
<b>6.3.4</b>	<b>Postleitzahl [Mussangabe]</b> Postleitzahl: Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!
<b>6.3.5</b>	<b>Ort [Mussangabe]</b> Ort:
<b>6.3.6</b>	<b>Land [Mussangabe]</b> In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?
<b>6.4</b>	<b>Rechtsform [Mussangabe]</b> Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?  <input type="checkbox"/> Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/> Natürliche Person (0) <input type="checkbox"/> AG (0) <input type="checkbox"/> AG (England) (0) <input type="checkbox"/> AG (Schottland) (0) <input type="checkbox"/> AG (Schweiz) (0) <input type="checkbox"/> AG & Co. KG (0) <input type="checkbox"/> AG & Co. KG i. L. (0) <input type="checkbox"/> AG & Co. oHG (0) <input type="checkbox"/> AG & Co. oHG i. L. (0) <input type="checkbox"/> AG i. Gr. (0) <input type="checkbox"/> AG i. L. (0) <input type="checkbox"/> AöR (0) <input type="checkbox"/> BV (0) <input type="checkbox"/> Corp. (0) <input type="checkbox"/> e.K. (0) <input type="checkbox"/> e.V. (0) <input type="checkbox"/> e.V. i. L. (0) <input type="checkbox"/> eG (0) <input type="checkbox"/> eG i. Gr. (0) <input type="checkbox"/> eG i. L. (0) <input type="checkbox"/> eGbR (0)



- ☐ Einzelunternehmer (0)
- ☐ EWIV (0)
- ☐ GbR (0)
- ☐ gGmbH (0)
- ☐ GmbH (0)
- ☐ GmbH (Österreich) (0)
- ☐ GmbH (Schweiz) (0)
- ☐ GmbH & Co. KG (0)
- ☐ GmbH & Co. KG i. L. (0)
- ☐ GmbH & Co. OHG (0)
- ☐ GmbH & Co. OHG i. L. (0)
- ☐ GmbH i. Gr. (0)
- ☐ GmbH i. L. (0)
- ☐ Inc. (0)
- ☐ KG (0)
- ☐ KG i. L. (0)
- ☐ KGaA (0)
- ☐ KöR (0)
- ☐ LLP (0)
- ☐ Ltd. (0)
- ☐ n.e.V. (0)
- ☐ NV (0)
- ☐ OHG (0)
- ☐ OHG i. L. (0)
- ☐ Oy (0)
- ☐ PartG (0)
- ☐ PartG i. L. (0)
- ☐ PartGmbH (0)
- ☐ S.L. (0)
- ☐ SA (0)
- ☐ SARL (0)
- ☐ SE (0)
- ☐ SNC (0)
- ☐ sp. z.o.o. (0)
- ☐ SpA (0)
- ☐ SRL (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG i. L. (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG i. L. (0)
- ☐ Stiftung bR (0)
- ☐ Stiftung öR (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
- ☐ VEB (0)
- ☐ VVaG (0)
- ☐ WEG (0)
- ☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 6.5 Registerangaben

### 6.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
- ☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
- ☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 6.5.2 Inländisches Register

#### 6.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

#### 6.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ HRA (0)
- ☐ HRB (0)
- ☐ GnR (0)
- ☐ GsR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 6.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

### 6.5.3 Ausländisches Register

#### 6.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

#### 6.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

#### 6.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

### 6.5.4 Keine Registerangabe

#### 6.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

#### 6.5.4.2 Einzelunternehmer

##### 6.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

##### 6.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

#### 6.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

### 6.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

## 7 Statistische Angaben

### 7.1 Informationen zur KMU-Eigenschaft

Zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren.

Bitte geben Sie hierzu an, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Klein-, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/361/EG erfüllt.

Die maßgebenden Kriterien nach dieser Definition sind:

- Mitarbeiterzahl < 250 Personen

und

- Jahresumsatz <= 50. Mio. EUR oder Bilanzsumme <= 43 Mio. EUR.

Nähere Informationen finden Sie im beigelegten Benutzerleitfaden zur Definition von KMU in den Anlagen.

### 7.2 KMU-Eigenschaft [Mussangabe] [Mussangabe]

Erfüllt Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Klein-, kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)?

Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

☐ Keine Angabe (0)

☐ Ja (0)

☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 8 Referenzen

### 8.1 Referenzen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie bis zu 3 Referenzen bezogen auf die vergangenen fünf Jahre (2025, 2024, 2023, 2022, 2021) mit folgenden Daten angegeben: Auftraggeber, Ansprechpartner des Auftraggebers, Telefonnummer des Ansprechpartners, Bezeichnung der Leistung, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren und gelieferte Ergebnisse?

☐ Keine Angabe

☐ Ja

☐ Nein

**8.2 Referenz 1 von 3 [Mussangabe]**

Bitte geben Sie eine Referenz (d. h. vergleichbare Leistung bezüglich Art und Umfang der Leistungsbeschreibung) bezogen auf die vergangenen fünf Jahre (2025, 2024, 2023, 2022, 2021) an. Benennen Sie hierbei bitte folgende Daten: Auftraggeber, Ansprechpartner des Auftraggebers, Telefonnummer des Ansprechpartners, Bezeichnung der Leistung, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren und gelieferte Ergebnisse. Im Rahmen der Eignungsprüfung behält sich die Hochschule München vor, beim Erstplatzierten die angegebenen Ansprechpartner nach ihrer Zufriedenheit mit der Auftragsausführung zu fragen. Der Bieter gilt hinsichtlich des Kriteriums Referenzen als ungeeignet, wenn eine Negativbekundung (d. h. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat) vorliegt.

**8.3 Referenz 2 von 3 [Mussangabe]**

Bitte geben Sie eine weitere Referenz (d. h. vergleichbare Leistung bezüglich Art und Umfang der Leistungsbeschreibung) bezogen auf die vergangenen fünf Jahre (2025, 2024, 2023, 2022, 2021) an. Benennen Sie hierbei bitte folgende Daten: Auftraggeber, Ansprechpartner des Auftraggebers, Telefonnummer des Ansprechpartners, Bezeichnung der Leistung, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren und gelieferte Ergebnisse. Im Rahmen der Eignungsprüfung behält sich die Hochschule München vor, beim Erstplatzierten die angegebenen Ansprechpartner nach ihrer Zufriedenheit mit der Auftragsausführung zu fragen. Der Bieter gilt hinsichtlich des Kriteriums Referenzen als ungeeignet, wenn eine Negativbekundung (d. h. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat) vorliegt.

**8.4 Referenz 3 von 3 [Mussangabe]**

Bitte geben Sie eine weitere Referenz (d. h. vergleichbare Leistung bezüglich Art und Umfang der Leistungsbeschreibung) bezogen auf die vergangenen fünf Jahre (2025, 2024, 2023, 2022, 2021) an. Benennen Sie hierbei bitte folgende Daten: Auftraggeber, Ansprechpartner des Auftraggebers, Telefonnummer des Ansprechpartners, Bezeichnung der Leistung, Leistungszeitraum, Kurzbeschreibung des Objekts, eingesetzte Verfahren und gelieferte Ergebnisse. Im Rahmen der Eignungsprüfung behält sich die Hochschule München vor, beim Erstplatzierten die angegebenen Ansprechpartner nach ihrer Zufriedenheit mit der Auftragsausführung zu fragen. Der Bieter gilt hinsichtlich des Kriteriums Referenzen als ungeeignet, wenn eine Negativbekundung (d. h. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages oder Konzessionsvertrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat) vorliegt.

**9 Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB****9.1 Hinweis**

Hinweis:

Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.

**9.2 Ausschlussgründe entsprechend § 123 GWB**

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen entsprechend §123 GWB?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.3 Ausschluss entsprechend § 124 GWB**

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen entsprechend § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 Mindestanforderungen

#### 1.1 Allgemein

##### 1.1.1 Fachliche Abstimmung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden die Leistungen in enger fachlicher Abstimmung mit der Hochschule München und den dort benannten Ansprechpersonen erbracht?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.1.2 Zwischenergebnisse [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden Zwischenergebnisse auf Anforderung in geeigneter Form vorgelegt und fachlich erläutert?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.1.3 Leistungserbringung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgt die Leistungserbringung so dass die Arbeitsergebnisse innerhalb des Projekts unmittelbar weiterverwendet werden können?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.1.4 Arbeitsergebnisse [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden alle erzeugten Arbeitsergebnisse vollständig, nachvollziehbar und in projektgeeigneter Qualität übergeben?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.1.5 Dokumentation [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Verfahren, Datenstrukturen und Formate in geeigneter Weise dokumentiert?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.1.6 Datenschutz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden datenschutzrechtlichen Anforderungen eingehalten, soweit im Rahmen der Leistung personenbezogene Daten betroffen sind?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**1.1.7 Rechte & Nutzbarkeit der Ergebnisse [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Werden die im Rahmen des Auftrags erstellten Ergebnisse, insbesondere Punktwolken, BIM-Modelle, strukturierte Datensätze, Auswertungen, Dokumentationen und sonstige projektspezifische Arbeitsergebnisse, der Hochschule München zur uneingeschränkten projektbezogenen Nutzung, Weiterverarbeitung, Bearbeitung und Verwertung zur Verfügung gestellt?  
UND

Werden die hierfür erforderlichen Nutzungs- und Verwertungsrechte der Hochschule München in geeigneter Weise eingeräumt?

Näheres bleibt der vertraglichen Regelung vorbehalten.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**1.1.8 Anlage Referenzprojekte [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Wurden bis zu drei Referenzprojekte aus den vergangenen fünf Jahren (max. 1 Seite je Referenz) zusätzlich zu Ihrem Angebot als Anlage beigelegt?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**1.1.9 Kenntnisnahme Rechnungsstellung [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Wurde zur Kenntnis genommen, dass wir einmalig nach Abschluss aller benötigten Dienstleistungen zahlen und dass keine Teilrechnungen möglich sind?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**1.2 Analyse vorhandener Unterlagen****1.2.1 Sichtung & Fachliche Einordnung [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Sichten Sie vorhandene Bestandsunterlagen und ordnen diese fachlich ein, soweit dies für die digitale Bestandserfassung und Modellbildung relevant ist?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**1.2.2 Ableitung von Anforderungen [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Wirken Sie bei der Ableitung realistischer informationsbezogener Anforderungen an die spätere Modellierung mit?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**1.2.3 Rückmeldung [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Geben Sie eine Rückmeldung zur technischen Erfassbarkeit und Modellierbarkeit typischer Bauteile und Strukturen im Bestand?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

### 1.3 Digitale 3D-Bestandserfassung

#### 1.3.1 Durchführung digitale Erfassung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Führen Sie die digitale Erfassung eines durch die Hochschule München benannten Pilotgebäudes mittels geeigneter Verfahren der 3D-Bestandserfassung, insbesondere Laserscanning, durch?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.3.2 Aufbereitung Rohdaten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Bereiten Sie die erfassten Rohdaten in einer für die Weiterverarbeitung geeigneten Form auf?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.3.3 Qualitätssicherung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgt eine Qualitätssicherung der erfassten Daten hinsichtlich Vollständigkeit und fachlicher Verwendbarkeit?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.4 Erstellung BIM-Basisdatensatz

#### 1.4.1 Erstellung Gebäudemodell [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erstellen Sie ein strukturiertes digitales Gebäudemodell auf Basis der erhobenen Bestandsdaten?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.4.2 Übergabe Gebäudemodell [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgt die Übergabe des Modells in einem offenen und weiter verarbeitbaren Format, insbesondere IFC (bevorzugt IFC4 oder IFC4x3, sofern fachlich sinnvoll umsetzbar)?

Ergänzend kann die Bereitstellung eines nativen Bearbeitungsformats erfolgen, sofern dies für die Nachvollziehbarkeit und Weiterverarbeitung zweckmäßig ist.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.4.3 Modellanforderungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wird das Modell in sich konsistent, nachvollziehbar aufgebaut und für die projektbezogene Weiterverwendung geeignet sein?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5 Validierung & Evaluation

#### 1.5.1 Personenmonate [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wird für die projektbegleitende Validierung und Evaluation ein Gesamtaufwand von mindestens 6 Personenmonaten (PM) über einen Zeitraum von 24 Monaten im Angebot eingeplant?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.2 Status Rückmeldungen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgen quartalsweise fachliche Statusrückmeldungen zur Qualität und Verwendbarkeit der erstellten Modelle und Datensätze (mindestens 8 Iterationen über 24 Monate)?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.3 Laufende Begleitung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgt eine laufende Begleitung bei wesentlichen Modellierungs- und Erfassungsschritten sowie Rückmeldung zu Zwischenergebnissen innerhalb vereinbarter Fristen?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.4 Erstellung Validierungsberichte [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Werden schriftliche Validierungsberichte zu definierten Projektmeilensteinen erstellt (mindestens 3 Berichte über den Projektzeitraum)?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.5 Mitwirkung bei Bewertung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wird bei der Bewertung der Übertragbarkeit und Praxistauglichkeit im Projektkontext mitgewirkt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.6 Abschlussevaluation [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfolgt eine Abschlussevaluation mit dokumentierten Empfehlungen zur Optimierung der eingesetzten Methodik?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 2 Zuschlagskriterien

Gewichtung: 100,00%

### 2.1 Konzept der Leistungserbringung

Gewichtung: 28,57%

#### 2.1.1 Hinweis [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie Ihrem Angebot elektronisch als Anlage ein Konzept der Leistungserbringung (max. 3 Seiten) gemäß Aufgabenbeschreibung in der Leistungsbeschreibung beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.1.2 Bewertung des Konzepts

Gewichtung: 28,57%  
Maximalpunktzahl: 100

Ein schriftliches Konzept (max. 3 Seiten), das folgende Punkte adressiert:

- Wie gehen Sie methodisch bei der Erfassung und Modellierung vor?
- Welche Software und Verfahren setzen Sie ein und warum sind diese für den Projektzweck geeignet?
- Wie stellen Sie die Qualität der gelieferten Modelle und Daten sicher?
- Wie gestalten Sie die Zusammenarbeit mit der Hochschule München im Forschungskontext?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Sehr gut: Das Konzept ist vollständig, schlüssig und geht konkret auf alle vier geforderten Aspekte ein. Vorgehen, Werkzeuge und Qualitätssicherung sind projektspezifisch und überzeugend dargestellt. (100)
- ☐ Gut: Das Konzept ist weitgehend vollständig und schlüssig. Alle Aspekte werden adressiert, einzelne Punkte könnten konkreter ausgeführt sein. (80)
- ☐ Befriedigend: Das Konzept adressiert die meisten Aspekte, zeigt jedoch vereinzelt inhaltliche Lücken oder mangelnde Projektspezifität. (60)
- ☐ Ausreichend: Das Konzept ist vorhanden, bleibt aber überwiegend allgemein und zeigt deutliche Lücken bei einzelnen Aspekten. (40)
- ☐ Mangelhaft: Das Konzept ist unvollständig oder geht auf die geforderten Aspekte kaum ein. (20)
- ☐ Es wurde kein Konzept eingereicht. (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 2.2 Teststellung

Gewichtung: 71,43%

### 2.2.1 Kenntnisnahme Teststellung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie die Daten der Teststellung über den in der Leistungsbeschreibung vermerkten Link heruntergeladen und bearbeitet?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.2 Hinweis [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie Ihrem Angebot elektronisch als Anlage die geforderten Unterlagen für die Ergebnisse der Teststellung gemäß Aufgabenbeschreibung in der Leistungsbeschreibung beigelegt?

Das erzeugte Bauwerksmodell als IFC-Datei, Grundrissdarstellung(en) des erfassten Bereichs (PDF oder DWG/DXF), Flächen- und Mengenauswertung (PDF oder XLSX), Methodenbeschreibung gemäß Abschnitt 3 (PDF, max. 5 Seiten)

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3 Bewertung des Teststellung

Gewichtung: 71,43%

#### 2.2.3.1 Rohbauelemente

Gewichtung: 17,86%  
Maximalpunktzahl: 100

Vollständigkeit und Korrektheit der Rohbauelemente

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Sehr gut: Alle wesentlichen Rohbauelemente (Wände, Stützen, Decken, Böden, Öffnungen) sind vollständig erkannt, geometrisch korrekt abgebildet und als eigenständige Objekte strukturiert. (100)
- ☐ Gut: Nahezu alle Rohbauelemente vollständig und korrekt erfasst; einzelne kleinere Abweichungen ohne Auswirkung auf die Modellnutzbarkeit. (80)
- ☐ Befriedigend: Wesentliche Rohbauelemente erkannt, jedoch mit merklichen geometrischen Ungenauigkeiten oder fehlenden Elementen. (60)
- ☐ Ausreichend: Grundstruktur erkennbar, aber deutliche Lücken oder Fehler bei einzelnen Bauteiltypen. (40)
- ☐ Mangelhaft: Nur ein Teil der Rohbauelemente erfasst; Geometrie überwiegend ungenau. (20)
- ☐ Ungenügend: Rohbauelemente nicht oder nicht verwertbar erfasst. (0)

Nur eine Antwort wählbar



### 2.2.3.2 Räume und Flächen

Gewichtung: 3,57%  
Maximalpunktzahl: 100

Vollständigkeit und Korrektheit der Räume und Flächen

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Sehr gut: Räume vollständig als eigenständige Objekte erfasst, Raumgrenzen geometrisch korrekt abgebildet. (100)
- ☐ ☐ Gut: Räume weitgehend vollständig erfasst; geringfügige Abweichungen bei Raumgrenzen. (80)
- ☐ ☐ Befriedigend: Räume erkannt, Raumgrenzen jedoch mit spürbaren Ungenauigkeiten oder Lücken. (60)
- ☐ ☐ Ausreichend: Teilweise Raumerfassung vorhanden, strukturelle Mängel erkennbar. (40)
- ☐ ☐ Mangelhaft: Räume kaum erfasst oder nicht als eigenständige Objekte strukturiert. (20)
- ☐ ☐ Ungenügend: Keine Raumerfassung vorhanden. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3.3 TGA-Elemente KG 400

Gewichtung: 14,29%  
Maximalpunktzahl: 100

Vollständigkeit und Korrektheit der TGA-Elemente KG 400

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Sehr gut: TGA-Elemente der KG 400 vollständig und korrekt erkannt, soweit aus den Daten ableitbar; modellseitig strukturiert und nachvollziehbar erfasst. (100)
- ☐ ☐ Gut: Wesentliche TGA-Elemente erkannt und erfasst; einzelne Elemente fehlen oder sind unvollständig. (80)
- ☐ ☐ Befriedigend: TGA-Elemente teilweise erkannt; erkennbare Lücken, aber Grundstruktur vorhanden. (60)
- ☐ ☐ Ausreichend: Nur wenige TGA-Elemente erfasst; Erfassung lückenhaft oder unstrukturiert. (40)
- ☐ ☐ Mangelhaft: TGA-Elemente kaum erkannt oder nur symbolisch im Modell vorhanden. (20)
- ☐ ☐ Ungenügend: Keine TGA-Elemente erfasst. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3.4 Attributanreicherung

Gewichtung: 10,71%  
Maximalpunktzahl: 100

Qualität der Attributanreicherung

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Sehr gut: Alle Objekte mit Mindestattributen versehen (Bauteiltyp, Objektklasse); darüber hinaus weitere ableitbare Eigenschaften (z. B. Abmessungen, Material) konsequent ergänzt. (100)
- ☐ ☐ Gut: Mindestattribute vollständig vorhanden; weitere Attribute überwiegend ergänzt. (80)
- ☐ ☐ Befriedigend: Mindestattribute größtenteils vorhanden; weitergehende Anreicherung nur vereinzelt. (60)
- ☐ ☐ Ausreichend: Attribute unvollständig oder nur bei einem Teil der Objekte vorhanden. (40)
- ☐ ☐ Mangelhaft: Attributierung rudimentär; wesentliche Pflichtattribute fehlen. (20)
- ☐ ☐ Ungenügend: Keine Attributanreicherung vorhanden. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3.5 Grad der eingesetzten Automatisierung

Gewichtung: 14,29%  
Maximalpunktzahl: 100

Grad der eingesetzten Automatisierung

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Sehr gut: Verarbeitungsprozess überwiegend automatisiert; manueller Anteil gering und nachvollziehbar dokumentiert; kurze Gesamtbearbeitungszeit. (100)
- ☐ ☐ Gut: Hoher Automatisierungsgrad; manueller Anteil vorhanden, aber klar begrenzt und begründet. (80)
- ☐ ☐ Befriedigend: Automatisierung erkennbar, manueller Nachbearbeitungsanteil jedoch erheblich. (60)
- ☐ ☐ Ausreichend: Teilautomatisierung vorhanden; überwiegend manuell nachbearbeitet. (40)
- ☐ ☐ Mangelhaft: Automatisierung nur in geringem Umfang nachweisbar; Vorgehen weitgehend manuell. (20)
- ☐ ☐ Ungenügend: Kein Automatisierungsanteil nachweisbar. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3.6 Nachvollziehbarkeit der Methodik

Gewichtung: 7,14%  
Maximalpunktzahl: 100

Nachvollziehbarkeit der Methodik

- ☐ ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ ☐ Sehr gut: Methodenbeschreibung vollständig, klar gegliedert; automatisierte und manuelle Schritte eindeutig ausgewiesen; Zeitaufwand angegeben. (100)
- ☐ ☐ Gut: Methodik gut nachvollziehbar; einzelne Angaben könnten konkreter sein. (80)
- ☐ ☐ Befriedigend: Methodik verständlich, aber mit Lücken bei der Kennzeichnung einzelner Schritte oder beim Aufwand. (60)
- ☐ ☐ Ausreichend: Grundlegende Beschreibung vorhanden, aber wesentliche Angaben fehlen. (40)
- ☐ ☐ Mangelhaft: Methodik kaum beschrieben oder nicht nachvollziehbar. (20)
- ☐ ☐ Ungenügend: Keine Methodenbeschreibung eingereicht. (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2.2.3.7 Qualität der Zusatzauswertungen

Gewichtung: 3,57%  
Maximalpunktzahl: 100

#### Qualität der Zusatzauswertungen

- [ ] *Keine Angabe* (0)
- [ ] Sehr gut: Grundrissdarstellung und Mengenauswertung vollständig, klar lesbar und modellkonsistent. (100)
- [ ] Gut: Beide Auswertungen vorhanden und verwendbar; geringfügige Mängel in Darstellung oder Vollständigkeit. (80)
- [ ] Befriedigend: Auswertungen vorhanden, aber mit erkennbaren Lücken oder Inkonsistenzen. (60)
- [ ] Ausreichend: Nur eine Auswertung vollständig; die andere unvollständig oder fehlerhaft. (40)
- [ ] Mangelhaft: Auswertungen vorhanden, aber nicht verwertbar. (20)
- [ ] Ungenügend: Keine Zusatzauswertungen eingereicht. (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------